Nr. 74 — Jahrgang 16 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 29. März 1930

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0.60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 3. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Kabinett Müller zurückgetreten

Keine Einigungsmöglichkeit über die Finanzreform — Der Kampf gegen die Sozialdemokratie — Ein Kabinett Dr. Brüning in Sicht

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Müller angenommen und den Reichskanzler Müller mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Neubildung der Reichsregierung beauftragt.

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß der Rücktritt des Kabinetts Müller am 27. März 1930 erfolgt, nachdem am 27. März 1920 Hermann Müller nach dem Kapp-Putsch als Nachfolger Bauers erstmalig zum Reichskanzler ernannt worden war. Müller bildete damals das dritte Reichskabinett nach der Revolution.

*

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: In der Donnerstag Kabinettssitzung beschloß das Reichskabinett, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung zu unterbreiten. Der Reichskanzler gedachte in herzlichen Worten der hingebenden Zusammenarbeit des Reichskabinetts in einer an schwierigsten Aufgaben so reichen Zeit. Sämtliche Minister sprachen dem Reichskanzler für die vorbildliche Art seiner Amtsführung ihren aufrichtigen Dank aus, dem der Reichswehrminister sich namens der Wehrmacht anschloß.

Der Reichskanzler begab sich darauf zu dem Herrn Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt der Reichsregierung anzuzeigen. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt entgegen und beauftragte die Regierung mit der einstweiligen Führung der Geschäfte. Er schloß darauf warme Worte des Dankes für die pflichttreue und mühevolle Arbeit des Reichskanzlers und der Reichsminister.

Die entscheidende Kabinettssitzung

Berlin. Zum Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In der entscheidenden Sitzung des Reichskabinetts formulierte Reichskanzler Müller zwei Fragen:

1. **Soll das Reichskabinett unbekümmert um die letzten Vorgänge die Deckungsvorlage ohne die Frage der Arbeitslosenversicherung im Parlament durchzubringen suchen?**
2. **Wenn dies nicht möglich ist, soll das Reichskabinett zurücktreten?**

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte darauf, daß für seine Partei die Lösung der Deckungsfrage ohne die der Arbeitslosenversicherung und der Steuersenkungen nicht möglich sei. Widrigenfalls müßte er, Moldenhauer, zurücktreten. Reichskanzler Müller erklärte darauf, daß demzufolge nichts anderes als der Rücktritt des Gesamtkabinetts übrig bleibe.

Brüning Freitag vormittag bei Hindenburg

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der Fraktionsvorsitzende des Zentrums Brüning, offiziell am morgigen Freitag vormittag vom Reichspräsidenten empfangen werden. In parlamentarischen Kreisen gilt allgemein Brüning als der aussichtsreichste Kandidat für die Nachfolge Hermann Müllers. Es würde sich jedoch bei der Kabinettsbildung höchstwahrscheinlich um eine Zusammensetzung von Persönlichkeiten ohne Fraktionsbindung handeln.



Der neue Regierungspräsident von Magdeburg

wird nach einem Beschluß des Preußischen Staatsministeriums der Oberbürgermeister von Halberstadt, Weber, sein, der der Sozialdemokratischen Partei angehört.

Sejmauflösung der einzige Ausweg

Kriegsminister Pilsudski amtsmüde — Sejmsitzung am Sonnabend?

Warschau. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Bruder des Marschalls Pilsudski hatte mit den Klubvertretern längere Unterredungen, kam indessen noch zu keinem Resultat. Im Verlauf der Aussprache betonte Jan Pilsudski, daß er nach der Kabinettsbildung dem Staatspräsidenten in kurzer Zeit den Vorschlag auf Auflösung des Sejms und Ausschreibung von Neuwahlen unterbreiten werde, um das Volk zu befragen, wie es zur heutigen Regierung steht. Man erwartet, daß Jan Pilsudski im Laufe des Freitags dem Staatspräsidenten seine Ministerliste unterbreiten wird, über deren Zusammensetzung noch nichts verlautet. In politischen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, daß sich der Kriegsminister entschlossen habe in das neue Kabinett nicht mehr einzutreten, aber man glaubt nicht daran, daß Marschall Pilsudski auch die politische Macht aus der Hand geben wird. Die Lage hat in Warschau dadurch eine Entspannung erfahren, als der Sejmmarschall eine längere Konferenz mit dem Staatspräsidenten hatte und die kommende Sejmsitzung für Sonnabend einberufen hat, um die schwebenden Geschäfte zu erledigen. Damit glaubt man, daß auch das neue Kabinett, sofern es gebildet wird, eine günstigere Aufnahme findet. Der Freitag wird die Entscheidung bringen. Die angekündigte Sejmauflösung scheint die Lage noch mehr zu entspannen. Würden die Gerüchte zutreffen, so würde sich bestätigen, daß der Marschall trotz der scharfen Worte und des Ultimatums keine Konsequenzen aus der Lage ziehen will, man scheut vor der offenen Diktatur, kehrt immer wieder zur Zusammenarbeit mit dem Sejm zurück.

Zuspitzung der Lage in Prag

Prag. Die politische Lage im Prager Abgeordnetenhaus spitzt sich täglich mehr zu. Die Sozialisten fordern die Neuregelung des Genter Systems sowie die Altpensionistenvorlage, während die Agrarier auf der Erledigung der landwirtschaftlichen Zölle, der Einfuhrscheinfrage und der Viehzölle bestehen. Die agrarischen Parteien stellen vor allem die Viehzollfrage in den Vordergrund und vertreten den Standpunkt, daß diese Frage in erster Linie Berücksichtigung finden müsse, um die landwirtschaftliche Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die mit den neuen sozialwirtschaftlichen Gesetzentwürfen verbundenen Lasten, mittragen zu können.

Gespannte russisch-französische Beziehungen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Unterredung zwischen Briand und dem russischen Botschafter Dowgalewski in Paris kein Ergebnis zu irgendeiner Entspannung der beiderseitigen Beziehungen gezeitigt. Es wurden bei der Unterredung nicht nur die neuerdings fast vollständig aufgeklärte Kutjepow-Entführung, sondern auch die gesamten politischen Fragen berührt. Briand hat den russischen Botschafter von der Abberufung Herbettes aus Moskau noch nicht in Kenntnis gesetzt. Die begonnene Unterredung wird nach Briands Rückkehr aus London fortgesetzt werden.



Hitler thüringischer Staatsbeamter?

Die thüringische Regierung soll beabsichtigen, Adolf Hitler, den Führer der National-Sozialistischen Arbeiterpartei, zum Staatsbeamten zu bestellen. Auf diese Weise würde Hitler auch thüringischer Staatsangehöriger werden, da die Ernennung eines Ausländers zum Staatsbeamten die Naturalisierung in sich schließt.

Das Ende der Großen Koalition

Seit Beginn der Haager Konferenz handelte es sich im Reich um Sein oder Nichtsein der Großen Koalition, der am Donnerstag schließlich der Grabstein für längere Zeit gesetzt worden ist. An der Frage, bürgerliche Finanzreform, ist sie gescheitert, da das Bürgertum nicht daran denkt, die Lasten des „Vaterlandes“ zu übernehmen, es genügt ihm, wenn es seine „Treue“ in Worten zum Ausdruck bringt. Seit Wochen waren Versuche im Gange, um eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum einerseits und dem Zentrum und der Sozialdemokratie andererseits, herbeizuführen, Versuche, die mißlingen mußten, weil die bürgerlichen Parteien der Ansicht sind, daß die Kosten des Youngplanes von den breiten Volksschichten getragen werden müssen, daß man für den Youngplan gestimmt hat, um Steuersenkung zu erlangen. „Abbau der Soziallasten“ ist schließlich der Ruf der bürgerlichen Parteien, und das Zentrum macht ihn mit, wenn es auch nicht ohne weiteres die Arbeitslosenunterstützung ablehnen kann, wenn es nicht den letzten Rest seiner Anhänger aus Arbeiterkreisen verlieren will. —

Wir verzichten darauf, hier die einzelnen Phasen der Verhandlungen zu besprechen, die schließlich zur Demission des Kabinetts Hermann Müller geführt haben. Den Langmut, mit welchem die sozialistischen Minister die Kompromisse immer und immer wieder zu finden versuchten, muß man einfach bewundern, denn die Anschauung der Minister im bürgerlichen Kabinett stand oft im Gegensatz zur Auffassung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie. Das Bürgertum bestand auf seinen Forderungen, und deshalb mußte Müller demissionieren, wenn die Partei nicht den letzten Rest ihrer Achtung bei den breiten Massen verlieren sollte. Regieren ist nicht populär in einer Zeit, wo das Schicksal des Reiches in die Hand der Arbeiterklasse gelegt worden ist. Und seit der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate ist die Krise heraufbeschworen worden, erst bei den eigenen Anhängern, und schließlich griff sie in die bürgerlichen Koalitionsfreunde über, so daß bis jetzt mit aller Klarheit erwiesen wurde, daß Steuerkompromisse mit den „Koalitionsfreunden“ eine einfache Unmöglichkeit sind.

Schon vor der Annahme des Youngplanes stellte das Zentrum die Grundfrage, daß dieser Plan abhängig sei von einer Finanzreform und daß erst diese gefunden werden müsse, bevor man den Plan gutheißen soll. Während im Haag die letzten Verhandlungen gepflogen wurden, drohte in Berlin die Krise, die Staatskasse war leer und Herr Schacht diktierte, noch vor der Konferenz mußte der sozialistische Finanzminister gehen, weil die bürgerlichen Parteien auf keinen Fall nachgeben wollten und lieber eine Finanzdiktatur Dr. Schachts ertragen wollten, als die Sicherung des Einflusses der Sozialdemokratie. Die Partei mußte wieder-

holt mit aller Deutlichkeit sagen, daß ihr nicht zu viel an der Koalition gelegen sei, einmal gegenüber dem Zentrum, dann wieder gegenüber der Volkspartei und der letzte Versuch über die Arbeitslosenunterstützung beziehungsweise die Deckung der Sozialleistungen, hat das Kabinett zum Gesamtrücktritt gezwungen, was ja schon seit Abschluß der Youngdebatte feststand. Man war indessen der Meinung, daß wenigstens noch der Notetat erledigt wird, ja, man war sogar der Meinung, daß man, mit Hilfe des Paragraphen 48 der Reichsverfassung, den Haushaltungsplan zum Abschluß bringen wird. Hermann Müller als Führer des Kabinetts hat eine solche Lösung abgelehnt, mit diesen Mitteln will die Sozialdemokratie nicht regieren und da eine andere Lösung nicht möglich war, erfolgte der Rücktritt, um einer bürgerlichen Mehrheit Platz zu machen.

Ob diese im Reichstag zu finden sein wird, ist eine Frage, die noch nicht zu übersehen ist. Einstweilen führt das bisherige Reichskabinett die Geschäfte weiter, bis im Laufe des Freitags die Regierungsbildung einer der bürgerlichen Koalitionsparteien übertragen wird, wahrscheinlich dem Zentrum, welches ja in dieser Koalitionsregierung oft eine sehr zweideutige Haltung zur Schau getragen hat. Aber mit aller Klarheit muß gesagt werden, daß das Kabinett demissionieren mußte, nachdem die bürgerlichen Koalitionsparteien die Gesamtlast der Steuern auf die Schultern der Arbeiter abwälzen wollten und vor allem, unter dem Zwang der Sparmaßnahmen die soziale Gesetzgebung abgebaut werden sollte. Diesen Schritt konnte und wollte die Sozialdemokratie nicht mitmachen, und darum war die Demission die einzige Ausgangsmöglichkeit.

Der Widerstand lag bei der Deutschen Volkspartei, die ja schon immer den sozialdemokratischen Weggenossen als unangenehmen Partner angesehen hat, aber zu sehr gebunden war, weil sie nicht den Weg ins Freie finden konnte, zu sehr an die Mitarbeit Stresemanns gebunden war, dessen Werk sie eigentlich im Kabinett vollenden wollte. Sie tat dies durch Dr. Curtius als Außenminister, aber als Finanzminister war ihr Dr. Moldenhauer der größte Hemm-



Der neue rumänische Gesandte in Berlin
George Aurelian, der zum Nachfolger des abberufenen Gesandten Petrescu-Comnen ernannt wurde.

schuh, der Widerstand, an dem die Koalition gescheitert ist. Der einzige Ausweg aus der schwierigen Situation wäre allerdings die Ausschreibung von Neuwahlen gewesen, denn inzwischen hat sich gerade durch die Regierung der Großen Koalition, eine Umgruppierung der Massen vollzogen, der heutige Reichstag entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes. Die bürgerlichen Parteien wollen diese Tatsache nicht anerkennen und glauben, daß sie auch gegen die Sozialdemokratie regieren können. Man träumt von einer bürgerlichen Minderheitsregierung aus Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten mit wohlwollender Unterstützung durch die Bauernparteiler mit Schiele an der Spitze. Da aber auch eine solche Regierung die Finanzsanierung des Reiches nicht durchführen kann, denn die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die bürgerlichen Parteien in der Regierung zu unterstützen, nachdem sie ihr in der Koalition die größten Schwierigkeiten bereitet haben. Es bleibt als Ausgang nur die Ausschreibung von Neuwahlen übrig, wenn nicht ein großer antimarxistischer Block bis zu den Deutschnationalen zustande kommt und einen solchen zu bilden, werden sich die bürgerlichen Parteien hüten.

Die heutige Lage im Reich ist mehr als eine einfache Regierungskrise. Das Zentrum ist aber nahe daran, die Regierungsbildung zu übernehmen und wie es seine Haltung gegenüber den breiten Massen einstellen wird, hängt davon ab, welche Unterstützung es im Reichstag findet. Eine Minderheitsregierung hat keine Aussicht und die Sozialdemokratie wird auch in der Opposition ihre Pflicht erfüllen. Es wird einer energischen Kurswendung im Reich bedürfen, wenn man die heutigen Verhältnisse überbrücken will. Es hat sich aber während der ganzen Zeit gezeigt, daß das Bürgertum die Sozialdemokratie und damit die breiten Massen nur benutzte, um seine eigenen Vorteile zu wahren, die Partei stand höher als das Vaterland, nur von der Arbeiterklasse verlangte man Nachgiebigkeit. An der Finanzreform bei den leeren Kassen des Reichs, bei der Unmöglichkeit die Deckung für die riesigen Defizite zu finden, kann kein Kabinett eine Lösung finden, die alle befriedigen wird. Die schwierigste Position hat jetzt Hindenburg, auf dessen Vermittlungstätigkeit es ankommt, welcher Ausweg gefunden wird. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Reichstagparteien den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen wollen. Nur durch eine Verständigung mit der Sozialdemokratie ist die Behebung der Krise möglich und was in der Großen Koalition nicht erreicht worden ist, wird wahrscheinlich möglich sein, wenn die Sozialdemokratie freie Hand hat, sich wieder in Opposition befindet.

—ll.

Frankreich nimmt den Youngplan an

Paris. Die französische Kammer trat heute in die Beratung der Younggesetze ein. Im Verlaufe der Aussprache, die sich zum Schluß zu außerordentlicher Heftigkeit steigerte und zu lärmenden Kundgebungen führte, stellte der Abg. Meyer (Radikal) den Antrag, die Aussprache zu vertagen, bis Außenminister Briand anwesend sei. Dieser Antrag, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage stellte, wurde mit 319 gegen 262 Stimmen abgelehnt.



Die Abreise des ägyptischen Ministerpräsidenten von Kairo nach London
zu den entscheidenden Verhandlungen mit der englischen Regierung gab Anlaß zu lebhaftesten Kundgebungen der Bevölkerung. Ministerpräsident Nahas Pascha (in der Tür seines Salonwagens) wurde gebeten, bei diesen Verhandlungen, die den künftigen Beziehungen zwischen Aegypten und England endgültige Gestalt geben sollen, eine feste Haltung zu zeigen.

London sucht einen Ausweg

Nur Frankreich kann die Flottenkonferenz retten

London. In der Donnerstagsitzung der Abordnungsführer, auf der zum ersten Male wieder Frankreich durch Briand und den Marineminister Dumesnil vertreten waren, wurde beschlossen, am Freitag nächster Woche eine Vollsitzung abzuhalten, auf der über den Fortschritt der zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Abordnungen und in den Unterausschüssen zu führenden Verhandlungen Bericht erstattet werden sollen. Die Führer der Abordnungen werden am Montag vormittag 11 Uhr wieder zusammentreten.

In Konferenzkreisen neigt man allgemein zu der Annahme, daß die Einberufung einer Vollsitzung auf Mitte der nächsten Woche so zu verstehen ist, daß ein Bruch vermieden werden soll. Ueber die Möglichkeit einer Verwirklichung oder Ablehnung der französischen Sicherheitswünsche besteht noch vollkommene Unklarheit. Die Verwirklichung des französischen Planes würde praktisch nichts anderes bedeuten, als daß England in einer unverbindlichen Form zur Teilnahme an Sanktionen zugunsten Frankreichs verpflichtet würde. Der gegenwärtige Verhandlungsabschnitt wird gekennzeichnet durch eine erneute taktische Ueberlegenheit der Franzosen. Nachdem ein Dreierabkommen auf amerikanischer Seite auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen ist, sind die Franzosen wieder in einer sehr günstigen Lage, die sie mit allen Mitteln auszunutzen versuchen. Vorläufig sind auf englischer Seite die Widerstände gegen jede neue englische Bindung außerordentlich stark.

Um die Arbeitszeit im englischen Bergbau

Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern

London. Der Vollzugsrat der Bergarbeitergewerkschaft hat eine Einladung der Grubenbesitzervereinigung angenommen, am Donnerstag in London mit Vertretern der Grubenbesitzer über die Frage der Arbeitszeit im Bergbau zu verhandeln. Dieser Besprechung wird große Bedeutung beigemessen. Es handelt sich vor allem darum, daß die Grubenbesitzer auf dem Standpunkt stehen, daß die in der Bergbauvorlage begrenzte tägliche Arbeitszeit auf 7½ Stunden für eine Reihe von Bezirken untragbar ist. Die Grubenbesitzer sind der Auffassung daß an Stelle des unbeweglichen 7½-Stundentages mit den Bergarbeitern eine Vereinbarung getroffen werden muß, die eine bestimmte Arbeitszeit für die Woche oder für 14 Tage von etwa 45 oder 90 Stunden vorsieht. Zu gleicher Zeit liegt den Grubenbesitzern sehr viel daran, von der Bergarbeitergewerkschaft eine Zusicherung zu erhalten, daß die Bergarbeiter unter Umständen bereit sind, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden auf eine kürzere Frist zusammenzudrängen, soweit das aus betrieblichen Gründen zweckmäßig erscheint. Sie denken dabei daran, daß die für 14 Tage vorgesehene Höchstarbeitszeit praktisch in weniger Tagen geleistet werden soll, um auf diese Weise den Grubenbesitzern Einsparungen zu ermöglichen. Bei einer unbeweglichen Festsetzung der Arbeitszeit auf 7½ Stunden sind nach Ansicht der Grubenbesitzer Herabsetzungen der Löhne unvermeidlich, die aber von den Bergarbeitern entschieden abgelehnt werden.

Polizeimaßnahmen gegen Ghandi

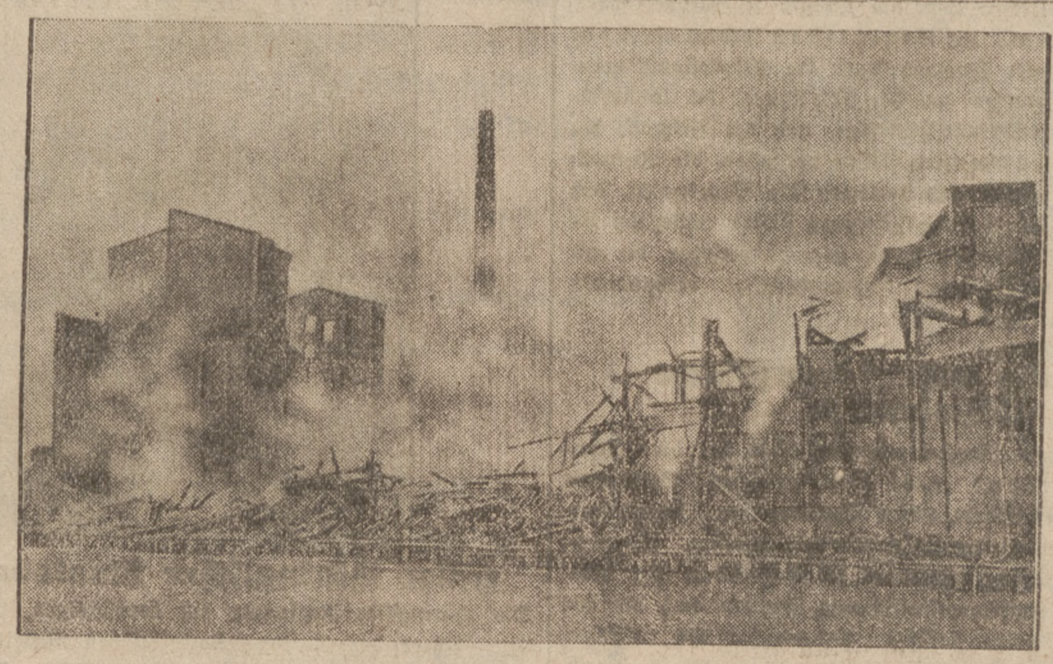
London. Die letzten Nachrichten über den Marsch Ghandis und seiner Anhänger, die jetzt noch ungefähr 60 Kilometer von der Küste entfernt sind, deuten darauf hin, daß die Behörden Ghandis Absicht, aus dem Seewasser Salz herzustellen und so gegen das Salzmonopol zu demonstrieren, verhindern wollen. In der fraglichen Küstengegend ist Polizei zusammengezogen worden.

Kommunistischer Hungermarsch in England

London. Die englischen Kommunisten beabsichtigen einen Hungermarsch als Protest gegen die Arbeitslosigkeit nach London zu unternehmen. Seitens der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist ihnen jede Unterstützung versagt worden. Der erste Trupp wird am Montag in Glasgow nach London aufbrechen. In Sheffield und Manchester sollen sich weitere Arbeitslose anschließen. Von Yorkshire und Lancashire aus ist ein gleicher Marsch, an dem hauptsächlich Frauen teilnehmen sollen, geplant.

Die Sowjetrussische Industrieerzeugung

Kowno. Nach Moskauer Berichten werden die amtlichen Zahlen für die Produktion der sowjetrussischen Industrie bekanntgegeben. Danach beläuft sich die Erzeugung von Industriewaren in den letzten fünf Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres auf insgesamt 6 315 Millionen Rubel und ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 28 v. H. gestiegen. Die Produktion der Schwerindustrie ist mit 2 812 Millionen Rubel in dieser Gesamtzahl enthalten. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter ist um 8 v. H., der Arbeitslohn um 10 v. H. gestiegen. In den gleichen fünf Monaten belaufen sich die Einnahmen aus dem Staatshaushalt auf 41 v. H. gegenüber 39,4 v. H. im Vorjahre, die Ausgaben 40 v. H. gegenüber 39,5 v. H. des Jahreshaushalts.



Großmühle bei Eberswalde eingeäschert
Die Weizenmühle der Schöpfurter Mühle A.-G. in Finowfurt bei Eberswalde, die täglich hundert Tonnen vermahlte, ist in der Nacht zum 26. März völlig ausgebrannt. Außer dem vierstöckigen Hauptgebäude fielen ein Wohnhaus und ein mit Getreidevorräten gefüllter Speicher den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark beziffert.

Theater um das Theater im Kattowitzer Stadtparlament

Abrechnung Korfantys mit der Sanacja — Heitere Stunden in der Polemik zwischen Ligon und Korfanty — Sanacja und Deutscher Klub lehnen die Aufkündigung des Vertrages mit den polnischen Theaterfreunden ab — Das Kattowitzer Budget in der Kritik der Parteien — Wünsche, bezüglich der Minderheitschule — Der sozialistische Klub fordert die Theatersubventionen für Erhöhung der sozialen Wohlfahrtspflege — Ablehnung durch die Deutschen und die Sanatoren

Auf der gestrigen Sitzung des Kattowitzer Stadtparlaments ging es sehr bewegt zu. Neben den Budgetberatungen waren 2 weitere wesentliche Vorlagen und zwar das Referat, betreffend das Untersuchungsergebnis über die Finanzwirtschaft im Polnischen Theater, sowie die Angelegenheit über die Aufkündigung des Pachtvertrages zwischen Magistrat und der Vereinigung polnischer Theaterfreunde angesetzt. Hauptsächlich die Punkte, betreffend die Theaterangelegenheit, brachten viel Explosivstoff zur Entzündung. Obgleich man auf hitzige Wortgefechte und verschiedene Anrempelungen von vornherein gefaßt war, so überstieg das, was die gestrige Parlamentssitzung bot, gewissermaßen alle „Erwartungen“.

Nach Eröffnung der Parlamentssitzung brachte Stadtpräsident Dr. Kocur im Auszug Budget-Voranschlag für 1930-31 zur Verlesung und beantragte nach verschiedenen Erläuterungen um Annahme desselben

Das Gesamtbudget weist, einschließlich des Etats für die städtischen Betriebe, die Summe von 22 151 000 Zloty auf.

(Da die Budgetberatungen am heutigen Freitag weiter fortgesetzt werden, ist uns noch Gelegenheit gegeben, auf die wesentlichsten Zahlen des Etats im zweiten Sitzungsbericht ausführlicher einzugehen.)

Stadtverordneter Dr. Ziolkiewicz ergriff nach dem Stadtpräsidenten das Wort und betonte eingangs seines Referats, daß er allerdings nur in der Lage wäre, über die

Finanzwirtschaft des Polnischen Theaters

unmittelbar zu berichten, da er nicht in den Besitz der von der Vereinigung der polnischen Theaterfreunde angeforderten Unterlagen gelangt ist. Er wurde sofort von den Stadtverordneten der „Sanacja“ unterbrochen, welche in ihren Zwischenrufen zum Ausdruck brachten, daß die Vorlegung solcher Unterlagen nicht verlangt wurde. Die Gemüter wurden immer erregter, da Dr. Ziolkiewicz als Referent mit Nachdruck unterstrich,

daß der Beweis dafür erbracht werden könne, daß die Vereinigung der polnischen Theaterfreunde wegen dieser Unterlagen angegangen worden ist

Schließlich fiel das Wort „Kłamstwo“ (Lüge, Schwindel), worauf die Meinungen erst recht scharf aufeinanderplatzten. Die „Sanacjaleute“ fühlten sich gekränkt und beleidigt, während Dr. Ziolkiewicz seinerseits erklärte, daß er sich dagegen verwahren müsse, wenn man ihm Unlauterkeiten unterschieben wolle. Aus dem Referat, welches alsdann folgte, war zu entnehmen, daß zweifellos in den letzten Jahren

eine arge Mißwirtschaft beim Polnischen Theater

festzustellen war.

Man wirtschaftete halt darauf los und so mußte es kommen, daß, trotz großer Subventionen seitens der Stadt und weiterer Zuschüsse, noch mit erheblichem Defizit gearbeitet wurde.

Der Referent hob unter anderem hervor, daß die Direktorengehälter sehr hoch gewesen sind und sehr vieles hinsichtlich des Spielplanes, Bereitstellung von Theaterplätzen usw. zu bemängeln wäre. Einer der Stadtverordneten von der „Sanacja“, welcher durch sein undiszipliniertes Verhalten und seine ständigen und vorlauten Randbemerkungen sich von keiner Seite irgendwelche Sympathien erwerben konnte, mußte sich von Dr. Ziolkiewicz eine derbe Abfuhr gefallen lassen, indem er sich die Zurechtweisung gefallen lassen mußte, daß er selbst dann, falls er den „Kopf in den Ofen“ stecken wolle, noch immer nicht davon überzeugt sein müsse, daß andere sein Beispiel nachahmen wollten. Damit hatte Dr. Ziolkiewicz die Lacher auf seiner Seite.

In der Diskussion ergriff als erster, Stadtverordneter Professor Ligon das Wort, welcher in ironischer Weise dem Referenten sein „Bedauern“ und „Mitgefühl“ darüber aussprach, daß er sich bei dieser riesigen Arbeitsleistung, welche abgestimmt war, viel Sünden aus Tageslicht zu fördern, halbtot „geschwitzt“ und einen Buchhalter zu Hilfe genommen habe, um nur ja alles aufzudecken. Herausgekommen wäre hierbei allerdings nichts (!) oder nicht viel (!) Nachdem auch hier dauernd Zwischenrufe erfolgten, überbot man sich an Spitzfindigkeiten gehässiger Art, so daß es mitunter

einen solchen Tumult gab.

daß man aus dem Redeschwall schließlich überhaupt nicht mehr klug werden konnte, bis das Glöcklein des Stadtverordnetenvorstehers — und wenn auch nur für kurze Momente — einigermaßen Ruhe eintreten ließ. Professor Ligon verstieg sich alsdann und zwar, um die „räudigen Schäflein“ Korfanty, Dr. Ziolkiewicz und Klubgenossen zu „bekehren“, zu einem „Los auf die Deutschen“, indem er mit besonderer Geste darauf hinwies, mit welchem Eifer das deutsche Theater gefördert wird, während man im polnischen Lager einen solchen Zwiespalt erleben müsse. In seinem Unmut gebrauchte Professor Ligon das bezeichnende Wörtchen „Świństwo“, was ihm einen Ordnungsruf einbrachte. Herr Ligon verbesserte sich und bemerkte, daß er vor allem den letzten Artikel im Korfantyorgan, der „Polonia“, über die angebliche Mißwirtschaft im Polnischen Theater, bezw. innerhalb des Vereins der polnischen Theaterfreunde, im Sinne hätte und das Vorgehen dieses Blattes als große „Schweinerei“ bezeichnen müsse. Im übrigen werde man sich mit diesem Blatte noch vor der zuständigen Stelle auseinandersetzen. Der Artikel in seiner ganzen Aufmachung wäre ein großer Schwindel.

Nach Ligon sprach Abgeordneter Korfanty. Er versuchte den Ausführungen des echauffierten Vorredners den Stempel der Lächerlichkeit aufzudrücken, indem er bemerkte, daß Ligon lauter „Beres und Bojkes“ erzählt habe. Für jeden Fall müsse festgestellt werden,

daß beim Polnischen Theater nicht so gewirtschaftet worden ist, wie es eine gesunde Finanzwirtschaft erheischte.

Korfanty bemerkte dann weiter, daß man nichts zu scheuen hätte und offene Farbe bekennen müsse, damit man klar sehen könne, wie es im „eigenen Hause“ mit allem stehe. Subventionen, welche aus Steuergroschen stammen, seien dem Theater reichlich zugeflossen.

Die Bürgerschaft hat ein Interesse daran, zu erfahren, in welcher Weise solche Gelder Verwendung finden.

Der Referent, Dr. Ziolkiewicz, habe mit Ziffern aus dem Jahre 1928 operiert. Es handele sich um Zahlen, an deren Echtheit nicht zu zweifeln sei, da sie ja den Protokollen entnommen sind. Diesen Zahlen stelle nun Professor Ligon das Rechnungsjahr 1929 gegenüber, in dem die Verhältnisse schon anders standen. Man unterhält ein Repräsentationstheater. Bezweckt ist die Forderung der polnischen Kunst. Was aber bietet man dem Theaterbesuchern? Man sollte das Interesse des Publikums wecken.

Will man das als polnische Kunst bezeichnen, wenn man neuzeitliche, wilde Negertänze aufführt?

Hier wirft Professor Ligon ein, daß solche Tanzabende ein vollbesetztes Haus brachten. Korfanty fährt fort, daß man es nie dazu bringen dürfe, um

die Begriffe „Repräsentationstheater“ und „Kunststätte“ mit dem landläufigen Begriff „Freudenhäuser“ auf eine Stufe zu stellen.

Er schloß seine Ausführungen damit, daß das Polnische Theater sich entschieden zu teuer stelle und eine Neugestaltung unbedingt erforderlich sei. Ueber diese Forderung dürfe sich niemand, auch Herr Ligon nicht, hinwegsetzen. Für keinen Fall könne geduldet werden, daß die Ausgaben und die Wirtschaft im Polnischen Theater weiter so fort gehen, wie bisher, in dem Repräsentationstheater,

von dem man nicht sagen kann, was es repräsentieren will.

Stadtverordneter Dr. Ziolkiewicz sah sich zu der Feststellung veranlaßt, daß die Theaterangelegenheit erst durch Professor Ligon breitgetreten worden ist. Er, der Referent, hätte einen sachlichen Bericht abgegeben und habe sich Angriffen ausgesetzt gesehen. Der sinnlose Vorwurf, daß er aus rachsüchtigen Motiven „Enthüllungen“ gemacht hätte, könne ihn nicht treffen. Es wäre noch manches zu sagen, was aber aus Taktgefühl erst nicht angeschnitten werden soll, um nicht weiter böses Blut zu wecken.

Wiederholt griff auch Stadtverordneter Biniszkiewicz (Regierungssozialist) in die Debatte ein, welcher mehrfach mit Korfanty scharf aneinandergeriet. Professor Ligon entgegnete im weiteren Falle, daß er persönlich

Märchen und Streiche erzähle, die allerdings voll heiteren und witzigen Humors wären. Das, was Korfanty sich leiste, wären freilich recht „traurige Streiche“.

Der weiteren Debatte war Stadtverordnetenvorsteher Pichullek nicht ganz gewachsen. Es ergab sich schließlich die eigenartige Situation, daß nach Schluß der Debatte, welche mit Stimmenmehrheit beantragt wurde, sich

eine überwiegende Mehrheit für Ablehnung des zweiten Antrages auf Auflösung des Pachtvertrages zwischen Magistrat und dem Verein polnischer Theaterfreunde,

ergab. Mit den Stimmen der Deutschen fiel demnach der Antrag des Korfantyklubs durch, was von den Anhängern der „Sanacja“ mit großem „Hallo“ begrüßt wurde. Korfantys Referat in dieser Angelegenheit blieb aus, da darauf vorher Verzicht geleistet wurde und Korfantys Ausführungen in der Debatte, hinsichtlich der Finanzwirtschaft im Polnischen Theater, zugleich auf den zweiten Punkt, betr. die Auflösung des Pachtvertrages abgestimmt waren. Die Verabschiedung dieser Vorlage ging so schnell vor sich, daß eine besondere Erklärung des Deutschen Klubs, bezüglich der Theaterfrage, nicht mehr eingebracht werden konnte. Diese Erklärung wurde dann später bei den Budgetberatungen von dem deutschen Stadtverordneten Firschke verlesen.

Die Debatte über die Theaterangelegenheit zog sich 2½ Stunden hin. Nach einer kurzen Unterbrechung ging man an die

Budgetberatungen

heran. Es erregte allgemeinen Unwillen, daß der Vertreter der Korfantypartei, Stadtverordneter Chmielewski, gewissermaßen in Eigenschaft eines Generalreferenten zum Budget Stellung nahm. Verschiedene Stadtverordnete, darunter einmütig die „Sanacjaleute“, verließen desinteressiert den Saal. Erst, als der Referent den eigentlichen Teil des Budgets behandelte, fanden sich die Stadtväter wieder ein.

Für die Budgetberatungen allein sind insgesamt sechs Stunden vorgesehen.

Der Antrag eines Stadtverordneten auf Erhöhung der Abteilung 8 (ordentliche Einnahmen), und zwar für Zwecke der Wohlfahrtsfürsorge, gelangte zur Annahme. Stadtverordneter Koruszowitz behandelte das Referat über die

indirekten Steuern.

Der Referent führte aus, daß, nach vorsichtiger Ueberprüfung, dieser Einnahmeposten im Budget zu niedrig angesetzt ist.

Eine Erhöhung dieses Einnahmepostens um 90 000 Zloty sei möglich.

Für die Position „indirekte Steuern“ sind veranschlagt worden: Lustbarkeits- und Vergnügungssteuern, in Höhe von 410 000 Zloty (erfolgen könne hier eine Erhöhung auf 500 000 Zloty). Hundesteuern, im Betrage von 60 000 Zloty, Hotelsteuern 100 000 Zloty, Reklamationssteuern 20 000 Zloty, Wertzuwachssteuern 200 000 Zloty, Grunderwerbssteuern 230 000 Zloty, Gebäudesteuern 700 000 Zloty, Steuern und Schankkonzessionen 20 000 Zloty, Erbschafts- und Schenkungssteuern 10 000 Zloty. Außerdem erhält die Stadt 5 Prozent der Einnahme, die für den Schlesischen Wirtschaftsfonds an Mietsabgaben geleistet werden. Ferner kommt der Stadt eine Entschädigung für die Verteilung der Einkommensteuer, einschließlich Kommunalsteuerzuschlag, an die Betriebs- und Wohngemeinden der Angestellten und Arbeiter zugute. Bei den Lustbarkeits- und Vergnügungssteuern stellt die Haupteinnahmequelle die von Kinos erhobene Filmsteuer dar. Es ist die Feststellung gemacht worden,

daß die Stadt eine wesentliche Einbuße an Steuern durch das Fehlen der deutschen Filmaufschriften erlitten hat.

Insgesamt sind der städtischen Steuerkasse in der Zeit vom April bis Oktober 1929 7000 Zloty Steuern weniger zugeflossen.

Es wäre an der Zeit, daß in sämtlichen Kinos, innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, die deutschen Filmaufschriften wieder eingeführt werden.

Neben den weiteren Steuern hat die städtische Steuerabteilung im Kalenderjahr 1929 insgesamt 1 107 000 Zloty an Abgaben für den Schlesischen Wirtschaftsfonds eingezogen. Die gesamte Einnahme aus dem Schlesischen Wirtschaftsfonds in der Wojewodschaft Schlesien beträgt 2 Millionen Zloty. Die Stadt Kattowitz allein hat 55 Prozent des gesamten Ertrages für diesen Fonds aufgebracht. Dieses Geld ist nur für

Wohnbauzwecke

bestimmt. Leider hat die Stadt Kattowitz einen verschwindend kleinen Teil aus dieser Summe erhalten.

Der Magistrat müsse bei der Wojewodschaft die Bereitstellung sämtlicher Mittel aus dem Wirtschaftsfonds für die Wohnbautätigkeit der Stadt Kattowitz verlangen, da doch gerade in der Stadt Kattowitz die größte Wohnungsnot herrscht und diese katastrophale Wohnungsmisere durch den ständigen Zuzug immer wieder vergrößert wird. Gerade die Schaffung von billigen Wohnungen ist eine Hauptaufgabe der Wojewodschaftshauptstadt.

Bei Abstimmung über die Erhöhung von 90 000 Zloty erfuhr der Antrag des Referenten eine Ablehnung. Hinsichtlich der Wiedereinführung der deutschen Kinoaufschriften erklärte sich der Magistrat nicht für kompetent.

Eine sehr rege Debatte zog das Referat Korfantys über die Budgetabteilung

„Aufklärung“

nach sich. Hierbei wurden sämtliche Schulangelegenheiten behandelt. Stadtverordneter Koruschowitz wies darauf hin, daß der gesamte Lehrplan der Fortbildungsschule einer Verbesserung unbedingt bedürfe. Dies sei eine wichtige Aufgabe der Kuratorien. Stadtverordneter Majowski bemerkte, daß es um die Sache der deutschen Kleinkinder-, bezw. Vorschulen sehr schlecht bestellt ist. Es wären nämlich keine derartigen deutschen, dagegen 6 polnische Schulen vorhanden. Erforderlich wäre die Trennung der einzelnen Etats um die Möglichkeit einer Ueberprüfung zu haben und feststellen zu können, was die einzelnen Schulen kosten und was sie andererseits einbringen. Auch bei den höheren Schulen erweise sich die Trennung des Etats für notwendig. Bei den

Abschlußprüfungen der Schüler muß man fast immer und überall die merkwürdige Feststellung machen, daß der Prozentsatz der deutschen Schüler, welche die Prüfung bestehen, im Vergleich zu den polnischen Schülern verhältnismäßig sehr gering ist. Der Magistrat dürfe für keinen Fall auf seine Rechte verzichten und schon allein im Interesse einer Beruhigung der Elternschaft, zu den Abschlußprüfungen den Dezernenten für das städtische Schulwesen, oder je ein deutsches und polnisches Mitglied des Schulkuratoriums entsenden. Man würde dann jedenfalls dazu beitragen, daß kein Grund zu Verdächtigungen vorhanden wäre.

(Hierbei machte Korfanty den Zuruf Miedniak, was ihm später von Biniszkiewicz übel ausgelegt wurde).

Stadtverordneter Soika führte berechtigte Klagen, hinsichtlich der

Unterbringung deutscher Schulkinder.

Er führte aus, daß die Schulkinder, infolge mangelhafter Schulklassen, jahrelang am Vor- und Nachmittag die gleichen Klassen abwechselnd benutzen, was sich in hygienischer Hinsicht sehr nachteilig für die Kleinen auswirkt. Er appellierte an den Magistrat, alles in die Wege zu leiten, um in dieser Hinsicht eine Besserung eintreten zu lassen. — Stadtverordneter Biniszkiewicz machte den Vorschlag, baldmöglichst die Rütgerschule, in welcher sich augenblicklich städtische Büros befinden, für ihren eigentlichen Zweck freizugeben. Dann rügte Biniszkiewicz das Verhalten Korfantys, welcher als Pole offensichtlich seine Abneigung gegen Schulvisitator Miedniak zum Ausdruck bringen wollte und bezeichnete das Vorgehen als boshaft.

Stadtverordneter Adaschkiwitz betonte, daß in dem Referat Korfantys von einem weiteren Abbau der Parallelklassen in den Mittelschulen die Rede gewesen ist. Er warnte vor der Vornahme weiterer Aenderungen in den Mittelschulen und hielt es für ratsam, nicht eher an ein solches Unterfangen heranzugehen, als bis die geplante Schulreform eingetreten ist.

Stadtverordneter Korfanty sah ein, daß er sich in verschiedener Hinsicht, sowohl gegenüber den polnischen, als auch den deutschen Stadtverordneten, zu rechtfertigen habe. Zunächst schüttelte er die Anwürfe Biniszkiewicz ab und begründete dann, weshalb er den Zwischenruf „Miedniak“ gemacht hätte. Das, was Korfanty dann erzählte, war allerdings sehr bezeichnend. So erklärte er, daß Schulvisitator Miedniak

ganz besondere Prüfungsmethoden

hat. Der Schulvisitator habe beispielsweise den 18jährigen Schülern die Frage vorgelegt, welches polnische Theaterstück nach erfolgter Uebernahme Oberschlesiens im Kattowitzer Stadttheater zur Erstaufführung gelangt sei. Herr Miedniak legt, wie Herr Korfanty weiter ausführte, andere ähnliche Fragen den Schülern vor, welche wohl kaum einer der 60 Stadtverordneten, geschweige diese 18jährigen Prüflinge, beantworten könnten. — Alsdann ging Korfanty auf die Ausführungen des Stadtverordneten, Rektor a. D. Soika ein und verwehrte sich, im Namen der polnischen Einheit, auf das Schärfste gegen den überaus schweren Vorwurf, daß man sich polnischerseits an den deutschen Kindern angeblich schwer versündige und forderte eine klare Beweisführung, wo deutsche Kinder benachteiligt wurden.

In der weiteren Debatte wies Stadtverordneter, Oberingenieur Kiszka darauf hin, daß es den polnischen Kindern auch nicht viel besser, wenn nicht gar noch schlechter ergehe. Die Zustände in der Schule Rejtana im Stadtteil Zalenze (es handelt sich um ein Schulhaus, welches vor 103 Jahren aufgebaut worden ist), sollen jeder Beschreibung spotten. — Der Dezernent für das

Polnisch-Schlesien

„Die Leute aus dem Osten“

Wir sind Sozialisten, sind international, kämpfen gegen die Grenzen, die hohen Paßkosten, die hohen Zölle, die uns von den anderen Völkern trennen und zwar wirtschaftlich, politisch und kulturell, die uns den anderen Völkern entfremden und nationalen Haß und Mißtrauen säen. Diese Absperrungsmaßregeln stehen einer Verbrüderung der Völker im Wege und werden letzten Endes zu kriegerischen Verwicklungen führen. Nicht durch die Absperrung, gegenseitige Verdächtigung und Rüstungen werden Kriege vermieden, sondern durch gegenseitige Annäherung, durch Aussprache, durch Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch Aneignung kultureller Eroberungen. Daher kämpfen wir gegen die Absperrung und gegen ein System, das auf dieser Absperrung aufgebaut ist.

Dagegen ist es uns völlig gleichgültig, von wo die Leute zu uns kommen und ob ihre Wiege im Westen oder im Osten gestanden hat. Vor dem Kriege kamen zu uns nach Oberschlesien viele Bewohner aus dem Westen. Polnisch-Oberschlesien war, ist und bleibt in nationaler Hinsicht ein durch und durch aufgewühltes Land, so lange die schlesischen Arbeiter den Nationalisten das Handwerk nicht legen werden. Die nationalistische Hetze hat es mit sich gebracht, daß unser Volk in mancher Hinsicht nicht gleichen Schritt mit den anderen Völkern, die von der nationalistischen Seuche frei sind, halten konnte. Der Intellekt ist etwas weniger ausgeprägt, als bei den Völkern des Westens, und das ist die Ursache, warum wir in Oberschlesien ohne „Vormund“ nicht auskommen können.

Vor dem Kriege hieß es, daß die höheren Staatsämter und zum Teil auch die Kommunalämter, mit Beamten aus dem Westen besetzt werden. Das war zum Teil richtig, und es kann nicht geleugnet werden, daß diese Tatsache bei der Abstimmung eine große Rolle gespielt hat. Das schlesische Volk wollte selbständig werden und viele waren der Meinung, daß nach dem Anschluß an Polen die Dinge eine radikale Wendung nehmen werden. Wir gehören schon das achte Jahr dem polnischen Staate an, und wie sieht es denn in dieser Hinsicht bei uns aus? Niemand wird abstreiten wollen, daß sich alles noch wesentlich verschlechtert hat. Mit sehr wenigen Ausnahmen bekleiden alle höheren Staatsämter Beamte aus anderen Gebieten des polnischen Staates. Es ist völlig gleichgültig, ob dies Post, Eisenbahn, Finanz, Schule, Gericht oder sonst eine andere Staatseinrichtung ist. Da wir in dem polnischen Staatsverbande am meisten nach dem Westen vorgeschoben sind, so kommen die Beamten zu uns nicht aus dem Westen, sondern aus dem Osten. Wie gesagt, uns Sozialisten ist es völlig gleichgültig, ob die Leute zu uns aus dem Westen oder aus dem Osten kommen. Was uns aber nicht gleichgültig sein kann, das ist die Bevormundung des schlesischen Volkes durch die Beamten aus den östlichen Gebieten. Sie wären uns sehr willkommen, wenn sie hier an der Hebung des Intellekts des schlesischen Volkes arbeiten, wenn sie an der Verstopfung der Quelle des nationalen Hasses mitwirken würden, aber sie machen gerade das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Anstatt uns in kultureller Hinsicht nachzuhelfen, halten sie die nationalistische Streitaxt hoch und empfehlen uns einen Westmarkenverband, damit wir ewig intellektuell zurückbleiben und nicht selbständig werden. Vor dem Kriege waren wir verpfuschte Deutsche und jetzt sollen wir verpfuschte Polen werden, das ist eben der Zweck der nationalistischen Hetze. Wir wollen aber Kulturmenschen werden um mit den anderen zivilisierten Völkern gleichen Schritt halten zu können. —

Oberschlesien ist ein gemischtes und zweisprachiges Land, und es wird immer so bleiben. Beide Landessprachen sind hier für jeden notwendig und beide müssen gleich geachtet und gepflegt werden. Das kann uns nicht gleichgültig sein, und wenn wir von den „Leuten aus dem Osten“ sprechen, so meinen wir die Bevormundung des schlesischen Volkes, die nationalistische Verhetzung, die von dem größten Teil der auswärtigen Beamten getrieben wird. Wir sind es nicht allein, die sich gegen das aus dem Osten mitgebrachte System auflehnen, denn mit wenigen Ausnahmen lehnen sich alle Oberschlesier dagegen auf, denn dieses System hemmt unsere kulturelle Entwicklung.

Nur die Aufständischen haben das Recht auf das Brot

Die Schwerindustrie reduziert fleißig weiter. Die Giesche-Spolka will 200 Mann entlassen, desgleichen auch die Myslowitzgrube. Wie es bei der Reduzierung gehandhabt wird, ist allgemein bekannt. Familienväter müssen geschont werden, denn wird ein Familienvater entlassen, so hungern mit ihm Weib und Kinder. Ein junger, selbständiger Mensch, der an einen Ort nicht gebunden ist, kann sich noch eher helfen, als ein Arbeiter mit zahlreicher Familie. Das haben alle eingesehen und die Sozialbehörden vertreten denselben Standpunkt. Die Betriebsräte haben die Pflicht, bei den Reduzierungen darauf zu achten, daß nach diesem Grundsatze reduziert wird.

Der Mensch denkt und Gott lenkt, — sagt ein frommer Deutscher — so auch hier. Wir haben in der schlesischen Wojewodschaft den Aufständischenverband, der eine Extrawurst haben muß. Die Aufständischen sind zwar alle versorgt, aber der Aufständischenverband dehnt sich immer mehr aus, nimmt neue Mitglieder auf, gleichgültig ob sie mit dem Aufstande etwas zu tun hatten oder nicht, denn der Aufständischenverband hat schon längst aufgehört, Aufständischenverband zu sein und ist eine politische Sanacjaorganisation geworden.

Also er nimmt neue Mitglieder auf und die wollen versorgt sein. Neue Konzessionen werden geschafft, aber für alle reichen sie nicht aus und so kommt es, daß die neugewonnenen Mitglieder vorläufig noch auf den Gruben und im Chorzower Stickstoffwerke in Arbeit stehen.

Nun ist es bei der Reduzierung hier und da vorgekommen, daß auch ein Aufständischer arbeitslos wurde. Schließlich ist es tausenden so ergangen, selbst Familienvätern, die Frau und Kinder zu ernähren haben. Das hat die Herren Aufständischen außer Rand und Band gebracht und sie protestieren ganz energisch dagegen und verlangen die sofortige Wiederanlegung ihrer Mitglieder. In der „Polska Zachodnia“ vom Mittwoch befindet sich eine Zuschrift der Aufständischen aus Maciejkowitz, in der u. a. folgendes zu lesen ist: „Mit großer Entrüstung und mit lebhaftem Protest wurde darüber beraten, daß auf der Entlassungsliste in den Stickstoffwerken in Chorzow sich auch Aufständische befinden, dagegen wurden solche verschont, die dem Volksbund Gehör schenken. In einer besonderen Entschließung wird an den Hauptvorstand herangetreten, damit er bei der Direktion der Stickstoffwerke vorstellig werde. Die Aufständischen müssen unter allen Umständen von der Reduktion verschont bleiben.“ — So denken und handeln die Aufständischen und sie werden es auch durchsetzen, daß ihre Mitglieder von der Reduktion verschont bleiben.

Nicht genug, daß die Aufständischen unter keinen Umständen zulassen wollen, daß ihre Mitglieder reduziert werden, verlangen sie auch noch die Anstellung aller, dem Verbande neu beigetretenen Mitglieder. Wir berufen uns wiederum auf eine Zuschrift in der „Polska Zachodnia“ aus Maciejkowitz. In dieser Zuschrift heißt es: „Auf Empfehlung des Hauptkommandos des Aufständischenverbandes, hat der Betriebsinspektor Friczkowski zugesagt, daß er ein Mitglied des Aufständischenverbandes zur Arbeit anstellen wird und legte ihm nahe, bei ihm vorzusprechen. Als der Aufständische bei der Grubendirektion vorsprach, wurde ihm eröffnet, daß Arbeitseinstellungen nicht stattfinden dürfen, da es sich aber um einen Ausnahmefall handelt, so soll er ein schriftliches Gesuch bei der Direktion einreichen. Das tat auch der Aufständische und wartet auf die Antwort des Generaldirektors Schnapka, seit dem 20. Februar. Inzwischen wurde zur Arbeit ein gewisser Peter Kaluza aus Maciejkowitz angenommen, der kein Aufständischer ist und sich auch sonst in der nationalen Agitation nicht betätigt. Diese Tatsache hat eine große Aufregung in den Reihen der Aufständischen hervorgerufen und der Hauptvorstand wird hier intervenieren.“

Die Aufständischen haben ein Anrecht auf Brot und Arbeit und die anderen können verrecken. In dem faschistischen Italien wird genau so gehandhabt. Ein Faschist hat Recht auf Arbeit und Brot. Ihnen stehen alle Aemter offen, denn sie gehören der „regierenden Kaste“ an. Die anderen zählen nicht mit. Vor dem Kriege hat man solchen Egoismus nicht gekannt.

Die Wahlen zum Schlesischen Sejm

Seitens der Haupt-Wahlkommission für den Wahlbezirk 2 wird folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Am Sonntag, den 11. Mai d. J., erfolgt die Wahl für den kommenden Schlesischen Sejm. Die Wähler haben die Möglichkeit, an dem fraglichen Sonntag in der Zeit von 8 Uhr früh bis abends 20 Uhr zur Wahlurne zu schreiten. Es erfolgt während der Wahl keine Unterbrechung.

Zu wählen sind im Wahlbezirk 2 zusammen 15 Sejmabgeordnete. Neben dem Stadt- und Landkreis Kattowitz sind dem Wahlbezirk 2 die Gemeinden Ruda, Bujakow, Chudow, Gieraltowitz, Paniow, Paniowki und Przyszowice angegliedert. — Die Räume der Haupt-Wahlkommission für den Sejmwahlbezirk 2 befinden sich in Kattowitz, und zwar im Verwaltungsgebäude des Magistrats, auf der ulica Pocztowa 16, 3. Stockwerk, Zimmer Nr. 7.

Die Haupt-Wahlkommission setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender: Präses Alfred Josse vom Bezirksgericht in Kattowitz; stellvertretender Vorsitzender: Leiter des Kreisgerichts Kattowitz, Jan Zgorniak; Mitglieder: 2. Bürgermeister Skudlarz, Kattowitz, Bürgermeister Tadeusz Karczewski aus Myslowitz und Amtsvorsteher Franciszek Biniossek aus Schoppinitz; stellv. Mitglieder: Advokat Antoni Rostek, Kattowitz, Amtsvorsteher Konrad Sitko aus Kuntzendorf und Amtsvorsteher Dr. Jan Kopic aus Ruda.

Bis zum 16. April d. J. müssen dem Vorsitzenden der Haupt-Wahlkommission die Kandidatenlisten für die Abgeordneten zugestellt werden. Zu bemerken ist, daß eine solche Anmeldung entweder im ganzen oder auf besonderen Deklarationen zumindestens 50 Unterschriften von Wählern aufweisen, welche im Wahlbezirk wohnhaft sind.

Auf der Kandidatenliste muß der Name des Bevollmächtigten zu ersehen sein, welcher ausschließlich dazu befugt ist, im Auftrage der betreffenden Wählergruppe Erklärungen abzugeben.

Bis spätestens zum 19. April d. J. ist von den Wahlgruppen, welche ihre Kandidatenlisten einreichen, durch den Bevollmächtigten anzugeben, daß sie eine Wahlgemeinschaft bilden, damit sie als einheitliche Gruppe gelten.

Die Sejmkandidaten sind bei der Anmeldung in der Reihenfolge anzugeben, in welcher die Wahl zum Schlesischen Sejm zu erfolgen hat. Es ist der Vor- und Zuname, ferner der Beruf, das Alter und der genaue Wohnort der Kandidaten anzugeben.

Seitens der Haupt-Wahlkommission werden die Anmeldungen und Erklärungen genau überprüft und die zuständigen Bevollmächtigten der jeweiligen Wahlgruppe bis zum 20. April benachrichtigt. Falls die festgestellten Bemängelungen innerhalb 3 Tagen nicht beseitigt werden, erklärt die Haupt-Wahlkommission entweder die ganze Anmeldung für ungültig, oder aber sie erkennt den betreffenden Kandidaten, welchen diese Bemängelungen betreffen, nicht an. Y.

Schulwesen, 2. Bürgermeister Skudlarz, hielt es für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Stadtverordneter Soika übertrieben hätte, da beispielsweise für die Teichschule die ausschließlich von deutschen Kindern besucht wird, für Investitionszwecke 400 000 Zloty verausgabt wurden.

Ueber den Etatstitel „Kultur und Kunst“ referierte eingehend Stadtverordneter Kowoll. Vom sozialistischen Klub wurde der Antrag eingebracht, die als Theatersubvention vorgesehene Summe von 225 000 Zloty für Zwecke der Arbeitslosen und der sozialen Fürsorge aufzuwenden, um die Lage der leidenden Bevölkerung zu erleichtern. Der Antrag wurde eingehend präzisiert, wurde jedoch mit Stimmenmehrheit der Deutschen und Sanatoren abgelehnt.

Gegen 12½ Uhr nachts wurde die Sitzung abgebrochen, obwohl der Stadtverordnetenvorsteher sich angestrengt bemühte, die Budgetdebatte zu Ende zu führen. Es waren im Saal nur 29 Stadtverordnete zurückgeblieben, sodaß 2 Stadtverordnete fehlten, um die Budgetberatungen weiter fortsetzen zu können. Aus diesem Grunde mußte die Parlamentssitzung auf den heutigen Freitag, nachmittags 3 Uhr, verlegt werden.

Im Namen der polnischen Republik

Die Strafkammer 14 des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Kattowitz, in der Zusammensetzung: Vizepräses Z. Zdankiewicz, Bezirksrichter Dombrowski, Bezirksrichter Gierlacki, in Anwesenheit des Staatsanwalts Daabs und des Protokollanten Wawerki, hat in einer öffentlichen Sitzung am 28. Dezember 1929 in der Strafsache gegen Josef Helmrich, verantwortlicher Redakteur, ledig, geb. am 17. 11. 1892 in Zabrze, Kreis Zabrze, Sohn des Wilhelm und Marie, geb. Polnik, röm.-kath., in Kattowitz wohnhaft, Wita Stwoscha 6, angeklagt, daß er in Kattowitz als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Volkswille“ in der Nr. 66 vom 20. März 1929 einen Artikel unter dem Titel „Nach Jahren“ veröffentlicht hat, in welchem unwahre Nachrichten, die wissentlich unwahr waren und eine Beunruhigung hervorrufen und dem Staate einen Schaden zufügen könnten, und zwar durch die Behauptung, daß selbst, wenn das Abstimmungsergebnis für Deutschland günstiger ausgefallen wäre, wie das der Fall war, hätte die Aufteilung Oberschlesiens erfolgt, denn Oberschlesien war schon an Polen verschachert, daß aus dem Lande der Freiheit, wo Milch und Honig fließt, ein Gefängnis gemacht wurde, das selbst den eigenen Bürgern durch die hohe Paßmauer keine Freiheit bietet und es unmöglich macht, andere Völker kennen zu lernen, desgleichen ihre Gebräuche.

Es ist bedauerlich, daß von den versprochenen Freiheiten das Gegenteil eingetreten ist. Aber das eine ist sicher, daß sich jenseits der Grenze niemand finden wird, der eine Sehnsucht nach der Zuteilung zu der polnischen Republik empfinden würde und sogar jene, die sich als noch nicht befreit fühlen, falls sie jemals zum polnischen Staate zugeteilt werden sollten, würden sie lieber wo anders auswandern, als nach hierher — dadurch hat er ein Vergehen gegen den Artikel 1 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 10. 5. 1927, Dz. U. Rz. P. Nr. 1/28 Pos. 2, als auch der Artikel 20 und 38 des Preßgesetzes vom 10. 5. 1927, Dz. U. Rz. P. Nr. 1/28 Pos 1 begangen, wird zu Recht erklärt:

Der Angeklagte Josef Helmrich wird schuldig befunden und wird dafür zu einer Geldstrafe von 300 (dreihundert) Zloty, die im Falle des Nichteintreibens mit einem Monat Gefängnis verurteilt wird. Außerdem wird er zur Zahlung einer Gerichtsgebühr von 30 Zloty und Tragung der Gerichtskosten verurteilt und im Sinne des Artikels 36 des Preßgesetzes die Mitverantwortung des Verlages des „Volkswille“ für die Geldstrafe und die Gerichtskosten ausgesprochen, gleichzeitig spricht das Gericht die Beschlagnahme der Zeitschrift „Volkswille“ Nr. 66 vom 20. März 1929 bezüglich des Artikels „Nach Jahren“ aus.

Die Veröffentlichung des Urteils, nachdem es rechtskräftig geworden ist, wird angeordnet.

(—) Dombrowski. (—) Zdankiewicz. (—) Gierlacki.

Für die Richtigkeit:

Hartwig, Gerichtssekretär des Bezirksgerichts.

Kattowitz und Umgebung

Sonntagsdienst der Kassenärzte der O. M. K. Ch. für Katowice 1. Von Sonnabend, den 29. März, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 30. März, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Bloch, Marjacka 7, Dr. Herlinger, Pilsudskiego 21, Sanitätsrat Dr. Steinitz, Plac Wolnosci 11.

Welnowiec. (Keine Revierkranke mehr.) Ein alter Bergarbeiter hat sich in der vorigen Woche zum Arzt gemeldet und ersucht den Arzt, daß er ihn für einige Tage revierkrank schreibt, weil er zur Arbeit unfähig ist. Darauf antwortete ihm der Arzt, daß es keine Revierkranke mehr gibt und die Spolka Bracka hat diese Einrichtung aus Sparsamkeitsrücksichten abgeschafft. Das ist eine ganz neue Verfügung, gegen welche die Bergarbeiter energisch protestieren müssen, denn das kommt einer Schmälerung der längst erworbenen Rechte gleich. Dem kranken Kumpel, der nicht halbtot ist, und im Spital nicht behandelt werden muß, aber eine ärztliche Behandlung unbedingt braucht, verschreibt der Arzt eine Medizin für 1 Zloty und damit ist alles erledigt. Als Mitglieder der Spolka Bracka müssen die Kumpels monatlich 10 Zloty Beiträge zahlen und wenn sie krank werden, werden sie mit Medizin für 1 Zloty abgefertigt. Da müssen wir fragen, wo denn die Knappschaftsältesten waren, als die Verwaltung diese Anordnung ergehen ließ und die Behandlung der Revierkranken abschaffte? In den Konferenzen verstehen sie zu reden, aber dort, wo sie reden sollten, hört man von ihnen wenig. Ueberall werden die Arbeiter geschädigt und das ist der Gleichgültigkeit der Arbeiter zuzuschreiben. Wir stehen jetzt vor den Kommunalwahlen, und wenn die Arbeiter ihren Klassengegnern auf die Beine helfen, dann sind sie wieder die Angeschmierten. Daher, Arbeiter, wählt die Liste der D. S. A. P.

Eichenau. (Sie könnte in die „Fresse spucken“.) Die Jugenderzieherin Schindlerowna, über deren Kulturausdrücke wir im „Volkswille“ geschrieben haben, leistete sich noch mehr solcher Kulturausdrücke. Dieselben müssen alle ins Stammbuch eingetragen werden, damit unsere Nachkommen bei Durchsicht unserer Archive die gewesene Kultur und deren Träger kennen lernen. So äußerte sich die Perle, daß sie imstande wäre, demjenigen, der zu ihr deutsch spricht, in die „Fresse zu spucken“. Ein wirklich passender Ausdruck für eine „Kulturträgerin“. Hier kann man sehen, wie groß der Haß gegen das Deutschtum bei diesen Leuten ist. Aber ein altes Sprichwort sagt: Undank ist der Welt ihr Lohn. Hier müssen wir den Deutschfressern die wirkliche Tatsache vor die Augen stellen, daß die Deutschen für die Unabhängigkeit Polens auch viel beigetragen haben, daß sie die Krallen des russischen Zarismus beschnitten haben. Anstatt allen Volksschichten die Gleichberechtigung in Wort und Schrift zu geben, wird von den „Kulturträgern“ die größte Hetze getrieben. Und diese Leute wollen noch dazu die nächsten vier Jahre unsere Gemeinde verwalten. Deutscher Arbeiter, Frauen und Angestellte, genug des Hasses! Die Wahlen müssen den Beweis erbringen, daß die einzige Partei der Deutschen Sozialisten den richtigen Weg geht und gegen den Haß kämpft. Darum muß ein jeder dieser Partei die Stimme geben. —a.

Königshütte und Umgebung

Voraussichtlich 8 Wahlgruppen für die Stadtverordnetenwahlen. Wie wir erfahren, werden zu den am 4. Mai stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in Königshütte 8 Wahlgruppen Kandidatenvorschlagslisten einreichen und zwar: Deutsche Wahlgemeinschaft, **Deutsche Sozialistische Arbeitspartei**, Nationale Arbeiterpartei, Polnische Sozialisten, Korfantypartei, Sanacja, Jednosc Robotnicza und der jüdische Block. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, daß sich noch einige Grüppchen finden werden, die mit einer Wahlliste aufwarten werden und somit die Zersplitterung eine besondere Vergünstigung erfahren wird.

Chorzow. (Was alles gestohlen wird.) Bis jetzt nicht ermittelte Spitzbuben stahlen zur Nachtzeit vom Friedhof in Chorzow 6 metallene Figuren.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Neudorf. (Kartoffeln für Arbeitslose.) Es wurde beschlossen, den Arbeitslosen aus Neudorf, neben der laufenden Geldunterstützung, unentgeltlich Kartoffeln zu gewähren.

Aus Bismarckhütte. Unter dem Vorsitz des Gemeindeschöffen Dworacek tagte die Armenkommission, wo in den meisten Fällen über die verschiedenen Unterstützungsanträge beraten wurde. Lebhafte Klagen wurden dahin geführt, daß den Arbeitslosen zu wenig Mittel seitens der Wojewodschaft zur Verfügung gestellt werden.

Myslowitz

Keine Listenbindung der Sozialisten.

Gleich von Beginn war die Absicht vorhanden, die Kandidatenliste der D. S. A. P. mit der Liste der P. P. S. zu verbinden. Grundsätzliche Bedenken waren nicht vorhanden, im Gegenteil, beide Teile sprachen davon als von einer Notwendigkeit, damit Arbeiterstimmen nicht verloren gehen. Die D. S. A. P. hat dem Vertrauensmann, Gen. Granek, der D. S. A. P.-Kandidatenliste, den Auftrag erteilt, sich mit den P. P. S.-Genossen in Verbindung zu setzen und die Listenbindung zu vollziehen. Genosse Granek hat auch seine Pflicht voll und ganz erfüllt und ist wiederholt an die P. P. S.-Genossen herangetreten. Das Wahlkomitee der P. P. S. hat aber einen solchen Beschluß nicht gefaßt und der Vertrauensmann der P. P. S.-Liste erklärte auf eigene Hand die Listenbindung nicht vollziehen zu können. Mithin ist die Listenbindung nicht vollzogen und die D. S. A. P. geht in jeder Hinsicht bei der Wahl selbständig vor.

Die Wahlpropaganda ist in Myslowitz im vollen Gange. Alle Anschlagssäulen und Zäuser sind mit Plakaten und Aufrufen beklebt. An der Farbe wird auch nicht gespart, denn man bekritzelt die Straßen und die Mauern mit verschiedenen Listennummern. Die Parteien verteilen überall fleißig ihre Flugblätter und die Korfantysten stellen sie durch einen besonderen Boten zusammen mit den Stimmzetteln den Wählern ins Haus. Persönliche Verunglimpfungen zwischen den verschiedenen Parteien sind bis zur Stunde noch nicht vorgekommen, aber sie sind jedenfalls zu erwarten.

Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei eröffnet die Listenreihe mit ihrer Nr. 1. Unsere Genossen in Myslowitz sind rührig und arbeiten so gut es geht. An Feierschichten auf der Myslowitzgrube fehlt es nicht und die freie Zeit wird von den Arbeitern für die Wahlpropaganda ausgenützt. Diese Feierschichten kommen allen Parteien zugute, denn sie haben billige Agitationskräfte, die auch gehörig ausgenützt werden. Deutsche Arbeiter und Angestellte setzet alles daran und verhelft am Sonntag zum Siege der Liste der D. S. A. P.

Nr. 1

Deutsche Wahlgemeinschaft pöbelt die Liste der DSAP. an

Im „Kurier“ von gestern, befindet sich ein Artikel über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, der den Titel: „Bürger von Myslowitz“ trägt. In bezug auf die Liste 1 der D. S. A. P. lesen wir in dem Artikel über unseren Spitzenkandidaten, Genossen Granek folgendes: „Der Sitzenkandidat der deutschen Sozialisten, Ludwig Granek, ist erprobt, aber — im Wechsel seiner politischen Gesinnung. Er wanderte von der P. P. S. zu den Christlichen Gewerkschaften und ist nachher Mitglied und Spitzenkandidat der deutschen Sozialisten geworden. Man sieht also, was dieser Kandidat für ein „verläßlicher“ Kampfgenosse ist.

Gegen die deutschen Sozialisten hat die Myslowitzer kath. Wahlgemeinschaft keine sachlichen Argumente, und in Ermangelung von sachlichen Argumenten, muß die Person des Spitzenkandidaten der D. S. A. P. herhalten. Genosse Granek ist schon lange ein Sozialist, als aber im „Zentralny Zwionzek“ Reibungen waren, hat er sich als deutsch fühlender Arbeiter vorübergehend dem Christlichen Gewerkverein angeschlossen. Er hat sich aber bald überzeugt, daß die Christliche Gewerkschaft alles andere, nur keine Arbeitergewerkschaft ist, da sie nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die des Kapitals vertritt und, nachdem die Ortsgruppe des Bergbauindustrieverbandes in Myslowitz gegründet wurde, trat er sofort zu dieser über.

So hat jeder aufrichtige deutsche Arbeiter in Myslowitz gehandelt und Genosse Granek ist nicht der einzige, der auf solche Art seine „politische Gesinnung“ gewechselt hat. Diejenigen, die das noch nicht haben, werden zweifellos dem Genossen Granek folgen, denn für die deutschen Arbeiter ist kein Platz in einer gelben, klerikalen Gewerkschaft.

Um diesen Granek, der jetzt öffentlich in mehreren deutschen Blättern angepöbelt wird, haben sich diejenigen, die ihn persönlich angreifen, redlich bemüht, um ihn auf die Liste der deutschen Wahlgemeinschaft zu gewinnen. Von Gesinnungswechsel war allerdings dabei keine Rede, dagegen sprach man von Wahlgeldern. Man wollte seine Seele kaufen, Gesinnungslumperei treiben, und als Genosse Granek den „edlen Seelen“ seinen Rücken kehrte, hat man sich durch Mittelpersonen bemüht, um ihn wenigstens so weit zu bewegen, daß er eine Listenbindung mit der katholischen Wahlgemeinschaft eingehe. Man hat ihn durch Mittelpersonen ein Drittel des Wahlfonds der deutschen Wahlgemeinschaft angeboten, um nur die Listenbindung mit der D. S. A. P. zu erreichen.

Die Mühe war vergebens, denn mit dem katholischen Deutschtum in Myslowitz kann es keine Kompromisse geben. Das katholische Deutschtum hat das deutsche Volkstum in Myslowitz kompromittiert bis auf die Knochen. Im Stadtparlament hat man von einer aufrichtigen Vertretung des Deutschtums nichts gemerkt, dafür aber vom Strebertum, das keine Ideale kennt, sondern dem Profit nachläuft. Auf der Liste der Wahlgemeinschaft stehen meistens Privatunternehmer, die die Arbeiter aussaugen und mit ihnen Schindluder treiben. Diese Herrn haben nicht einen Funken Sozialempfinden im Leibe und daher konnte keine Rede von einer Listenbindung mit der Myslowitzer Wahlgemeinschaft sein. Wer das Deutschtum diskreditiert, wer bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit, die Arbeiterinteressen mit Füßen tritt, der hat das Recht verwirkt, die Hilfe der D. S. A. P. in Anspruch zu nehmen.

Wir schließen mit dieser Bemerkung zu der Anpöbelung unserer Kandidatenliste nud der Spitzenkandidatur des Genossen Granek, sollte das aber noch zu wenig sein, dann werden wir anders reden, bis man uns richtig verstehen wird.

Schoppinitz. (Einen Zug mit Steinen beworfen.) Groben Unfug ließen sich mehrere unbekannte Täter zuschulden kommen, welche etwa 200 Meter von der Station Schoppinitz entfernt, einen Personenzug mit Steinen bewarfen. Eine Fensterscheibe wurde hierbei zertrümmert. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. Nach den Tätern wird polizeilicherseits gefahndet. X.

Die letzte Mahnung an die deutsche Arbeiterschaft der Stadt Nikolai

Am Sonntag, den 30. März, finden die Wahlen zum hiesigen Stadtparlament statt. Zu dieser Wahl haben 9 verschiedene Parteien ihre Listen eingereicht. Wir fühlen uns verpflichtet, noch einmal allen Arbeitern, sowie Angestellten die letzte Mahnung zuzurufen:

„Helft uns, die Parasiten an der Arbeiterklasse von der Kommune fernzuhalten, und wir erreichen unser langersehntes Ziel.“

Die Listen unserer Gegner wollen wir einer näheren Betrachtung unterziehen.

Als erste kommt die Liste 1 der Sanatoren in Betracht, die unter dem verheißungsvollen Titel „Narodowy Block Chrzescijanski Gospodarczy“ segelt. Diese, von Subventionen genährten Partei, mit ihrem Spitzenkandidat P. Rosypol, der schon selbst vergessen hat, wie Proletarierbrot schmeckt, dürfte nur die Stimmen „od swoich“ erhalten. Die augenblickliche Mißwirtschaft,

die nur auf das Konto dieser Partei zurückzuführen ist,

und einem jeden bekannt sein dürfte, gibt Zeugnis von ihrer „Fähigkeit“.

Als Liste Nr. 4 segelt die N. P. R. unter dem Titel „Narodowy Ruch Robotniczy“, deren Kandidaten alles andere verstehen, nur nicht einen Arbeiter zu vertreten. Diese Partei, die dem Sterben nahe ist, wollen wir an ihre Versprechungen erinnern, als sie noch in der Blüte stand und ihre Versprechungen doch nur leere Phrasen waren. Daß die Kandidaten dieser Liste im Geiste restlos beschränkt sind, braucht nicht erwähnt zu werden. Wir wollen uns nur den Betriebsratsvorsitzenden Siedlatzek vor Augen führen, der als Perle die N. P. R. ziert und der im Stadtparlament einer Wachsfigur den Platz streitig machen könnte.

Die größte Aufmerksamkeit möchten mir doch unseren „echt teutschen Volksgenossen“ schenken. Diese „Verteidiger des Deutschtums führen nämlich auf ihrer Liste Nr. 5 den „ganz deutschen Titel“ „Partja Obywatelska“ (Bürgerpartei).

Diese „Bekenner“ ihrer Nationalität sind zu feige, sich zu dem zu bekennen, was sie sind.

Diese Minderheitsvertreter, wie sich dieselben nennen, haben nichts gemein mit dem deutschen Arbeiter, sowie Angestellten. Diese Kaste vertritt nur ihre Interessen, weil sie doch „Obywatele“ sind, und der deutsche Arbeiter nur dazu da ist, um diesen noblen Herrn die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Hier wäre das eine zu erwähnen, daß diese Herrn ihre Kinder der polnischen Volksschule zuführen, den Arbeitern und Angestellten aber zurufen: „Pflegt das Deutschtum und schickt eure Kinder in die Minderheitsschule“. Diese Liste beherbergt auch einen Stehkragenproletarier, der sich seiner Klasse schämt und Zuflucht bei den Bürgern gefunden hat, um denselben als Lockvogel zu dienen. Wir wollen den Wählern den Namen dieses „Auch-Obywatel“ mit dem Namen Pan Dziewicz nicht verheimlichen, um den Wählern Gelegenheit zu geben, über diesen Postenjäger ein Selbsturteil zu fällen.

Vor der Selbstversorgerliste seien alle deutschfühlenden Wähler und Wählerinnen gewarnt!

Die nächstfolgende Liste Nr. 6, die „Bezpartyjna Lista Polska Robotnikow i Inwalidow“ ist auch eine Sanatorenliste, mit dem Vertrauensmann der „Federacja Pracy, Pan Szklanny, an der Spitze. Diese Leuchte gehört unser Meinung nach, nicht ins Stadtparlament, sondern in die Heilstätte nach Rybnik, die für Größenwahnleidende sehr zu empfehlen ist.

Als größte „Arbeiterfreund“-Liste gilt die Nr. 7, mit der Firma „Lista Obywatelsko Gospodarcza“. Dieselbe beherbergt eine ganz geriebene Sorte von Kandidaten, die nur das eine Ziel im Auge haben: Aufhebung des Mieterschutzgesetzes,

um den Arbeiter aus seiner „noch nicht“ genügend bezahlten Wohnung zu verdrängen.

Der geistige Vater dieser gewinnsüchtigen Sekte ist der saitsam bekannte Geistliche P. Rosmus, sein Stellvertreter, auf den Namen Woitynek hörend. Mit Hilfe der Treuteutschen ist dieser Pan Stadtverordnetenvorsteher geworden. Sein Amt hat er sehr „gewissenhaft“ verwaltet. Dieser Pan hatte sich bei einer Sitzung wie folgt geäußert:

„Wenn der Arbeiter ein Dach überm Kopfe haben will, so kann er getrost und ohne Murren 50 Prozent seines Ministergehaltes für die Miete bezahlen, und nicht für „luxuriöse“ Zwecke, wie Schuhe und Strümpfe, ausgeben.

Nun kommt die langersehnte Liste Nr. 8, Katolicki Blok Ludowy“ (Korfanty), unters Mikroskop. Ueber diese Liste und ihre Kandidaten ist jegliche Unterhaltung zwecklos. Die Hoffnung wird nur auf dem Winkelkonsulenten Siwy aufgebaut, weil derselbe in politischen Beziehungen sehr „erfahren“ ist, insofern, weil derselbe innerhalb 2 Jahren durch sämtliche polnischen Parteien und Parteichen (einschließlich Kustospartei) Spießruten gelaufen ist.

Als letzte „Auch Partei“ will noch die Liste 10 der „Lista Obywatelsko Rzemieslnicza“ erwähnt werden. Diese Liste krönt der ehemals königlich-kaiserlich-preußische Hurrapatriot und jetzige Korfantyjüngling, Pan Wilhelm Krol.

Listenverbindungen sind zustande gekommen und zwar mit Liste 1 und 6, beide Sanatoren; Liste 8 und 10, beide Listen der Korfantysten;

Liste 2 der D. S. A. P. und Liste Nr. 3 der Bruderpartei P. P. S.;

Liste 4, 5 und 7 gehen separat.

Wähler und Wählerinnen, Arbeiter und Angestellte, dies zur Aufklärung, daß vorerwähnte Listen und ihre Kandidaten nicht für uns Arbeiter in Betracht kommen. Diese Volksbeglücker buhlen um Arbeiterstimmen,

wenn es um ihre Posadys geht.

Als letztes Mahnwort rufen wir euch zu:

Stimmt am 30. März restlos auf die Liste Nr. 2 der „Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei“, helft uns die Kommune von der Sippschaft der Bürgerlichen beider Richtungen säubern. Nur unsere Kandidaten können euch die Gewähr dafür bieten, daß Eure Interessen richtig vertreten werden.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, setzt Euch überall für die Liste Nr. 2 ein, denn nur dann, wenn jeder Arbeiter seine Pflicht getan hat, ist der Sieg unser. Wähler und Wählerinnen,

werdet nicht zu Verrätern an Euch selbst und Euren Kindern!

Denkt daran, daß einem Nichtbesitzenden keiner helfen wird, der selbst nicht in der Lage eines solchen ist, darum stimmt restlos für die Liste 2, denn nur diese darf für sich das Recht in Anspruch nehmen, die rechtliche Vertreterin der gesamten Arbeiter und Angestellten zu sein.

Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei ist die Partei aller Besitzenden und Nichtbesitzenden, darum, auf zum Kampf, jede Arbeiterstimme der

Liste 2

und der Sieg ist unser!

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

Roman von P. Wild.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

17)

„Kriminalistisch ist Trumpf! Es ist solch angenehmes Nervenfutter; das liebt man heutzutage und erbaut sich an der Schlechtigkeit der anderen. So ist die Welt“, lachte sie. „Also, Sie kommen!“

„Wenn ich mich wohler fühle, Prinzessin.“

„Ich bitte Sie. Bis heute abend. Schlafen Sie ein paar Stunden, und . . . ich erwarte Sie bestimmt, Baron.“

„Wie Sie befehlen.“ Abschied nehmend beugte er sich über ihre Hand.

Müden Schrittes stieg Malward schwerfällig die Treppe zu seinem Zimmer hinauf. Er vergaß, den Lift zu benutzen, vergaß alles, alles.

Eine unendliche Mattigkeit überkam ihn. Auf seinem Zimmer angelangt, sank er auf einen Stuhl nieder. In seinem Kopfe hämmerte es wild, schmerzhaft. . .

Erschöpft starrte er vor sich hin, auf den blauen Teppich.

Verwandelte sich das Bild vor ihm? Es war gar kein Teppich, sondern das Meer, wundersam tiefblau, und dort — Felsen, der Salto di Tiberio, auf dem äußersten Felsvorsprung eine Frau . . .

Abwehrend streckten sich seine Hände aus. Hanny! Dann stieß er zu — fort — die Erscheinung war verschwunden. In der Leere aber schwang ein Schrei, marterte sein Hirn.

Stöhnend preßte er die Hände gegen die Ohren. Nun wurde es still um ihn, ganz still. Das blaue Meer war verschwiegen.

Aus schwerer Traumlosigkeit erwachend, besann er sich auf die Gegenwart.

Stunden waren vergangen, als er sich, mit steifen Gliedern auf dem Stuhl sitzend, wiederfand. Fröstelnd legte er Hut und Ueberzieher ab, erhob, sich. Als er die Hände in die Taschen steckte, fühlte er das lose Geld darin.

Der Gewinn von gestern abend. Ein Wundern war in ihm, als er die Taschen leerte. Welch große Summe!

Heute, als Herr der Lisenius-Werke, brauchte er das Geld nicht. Wenn er es damals gewonnen hätte! Bitterer Ekel stieg in ihm auf.

Zu spät!

Geld war Fluch, Sünde! Oder sollte es auch Segen sein?

Nein.

Mit kurzer, harter Bewegung strich er über die Tischplatte, schleuderte alles auf den Boden. Wie das Geld klirrte!

Was nun?

Auf sein Klingeln erschien ein Kellner.

„Waiter, heben Sie das auf!“ Damit wies er auf das Geld.

Gehorsam bückte sich der Mann; im stillen erschrak er über solch große Summe, die scheinbar achtlos auf dem Boden lag. Gelassen schichtete er das Geld auf dem Tische auf.

„Legen Sie es fort! Ich will es nicht sehen.“

„Darf ich um den Kofferschlüssel bitten, Sir?“

„Legen Sie es dort in die Schublade!“ befahl er.

Eine flüchtige Sekunde sah der Kellner erstaunt den Fremden an. Wer solche Summen in offene Gefächer legte, mußte ein Krösus sein. Er füllte das Geld gehorsam in das Mittelfach des Schreibtisches, zog den Schlüssel ab und reichte ihn Malwart.

„Oeffnen Sie nochmals!“

Der Baron trat an den Schreibtisch, griff mit geschlossenen Augen in das Fach, entnahm ihm drei Scheine.

„Nehmen Sie!“

Es waren drei Fünfpfundnoten.

Geschmeidig verbeugte sich der Mann.

„Danke, Herr Baron!“

„Besorgen Sie ein Bad, schnell! Dann wünsche ich zu schlafen. Keine Störung. Bestellen Sie den Friseur für sechs Uhr! Wecken Sie mich um dreiviertel sechs Uhr! Für den Abend legen Sie den Gesellschaftsanzug heraus — ich gehe ins Theater. Aber nichts vergessen!“

Nein, Herr Baron.“

* * *

Am Abend war der Rauschjammer vergangen.

Der erste Akt war vorüber, als Malward in die Loge der Prinzessin trat. Schweigend, um die Aufführung nicht zu stören, begrüßte er sie.

In der Halbdämmerung abgeblendeter Beleuchtung bemerkte er sogleich, daß sie sich heute besonders schön gemacht hatte — für ihn. Sie wünschte Erinnerungen aufzufrischen, trug ein Kleid, das er besonders liebte, Schmuck, den er ihr geschenkt hatte.

Sie wollte ihm gefallen. Ahnte sie die Gefahr von anderer Seite?

Das Rampenlicht streifte ihr feines Profil, ihre schlanke Gestalt, die in lässiger Anmut an der Logenbrüstung lehnte.

Ihn störte heute zum ersten Male ihre stark nachhelfende Toilettenkunst. Mitleidlos bemerkte er unter Schminke und Puder die feinen Fältchen und Runzeln. Neben ihrem Gesicht sah er ein anderes, ungekünstelt, glatt, jung, so jung: Sarinya Udiana.

Er saß hinter der Prinzessin. Langsam wandte sie ihren Kopf nach ihm um, flüsterte heiße, törichte, werbende Worte, während er korrekt, unbeweglich, aufrecht auf seinem Platz verharrte und der Glanz seiner Augen einer anderen galt. Bis ihn das Geschehen auf der Bühne aus seinen Träumen weckte.

Der Prozeß der Mary Dugan. Ueberall um ihn herum Schuld, die verknotet, verworren, sich zum Schicksal verkettet, daran Menschen zerbrechen.

* * *

Im Salon Awad Hera Chutterjees. Plaudernd saßen die Gäste um den Kamin. Wundervoll behaglich war es, an einem kühl-feuchten Sommerabend, im weichen Klubsessel ruhend, träumend in die prasselnden Flammen zu schauen.

Belanglose Gespräche und Plaudereien.

(Fortsetzung folgt.)

Vision des Grauens ...

So denkt Amerika sich den kommenden Krieg!

(Brief unseres Neuyork Korrespondenten.)

Während immer wieder Konferenzen abgehalten werden mit dem Ziel, Kriege in Zukunft unmöglich zu machen und Konflikte zwischen verschiedenen Völkern auf gütlichem Wege beizulegen, arbeiten hunderttausende von Erfindern im Dienste der Heeresleitung, um immer gefährlichere, immer wirksamere Werkzeuge des Todes zu konstruieren. Unser Neuyorker Korrespondent hatte Gelegenheit, mit dem hervorragenden amerikanischen Kriegstechniker Eric S. Milton zu sprechen, der die nachfolgende Vision eines zukünftigen Krieges entwickelte.

Die letzten drei Jahre, des großen Krieges waren das Grauen... Tag für Tag, Wochen, Monate, Jahre im Graben liegen, wehrlos ausgeliefert der wahnsinnig gewordenen Maschinerie des Krieges, verhungert, verdreckt, verlaust, röchelnd nach Luft japsend hinter der stickigen Gasmaske, umrast von dem Toben der Riesengeschütze, unter sich den Stollen mit ungeheuerlichen Dynamitladungen, über sich das wilde Heulen der Flugzeugmotoren und das bellende Taktak der Maschinengewehre, abgeschnitten von der Heimat, von der Familie, vom Leben, vor sich, neben sich, hinter und über sich den Tod in der grausamsten Gestalt, ohne Deckung und Schutz — es war das Grauen, das Entsetzen selbst, so zu liegen und zu warten, auf den Tod oder den Schuß, der den gesündesten Mann zum Krüppel schlug — —

Nein! Keiner von denen, die in den letzten drei Jahren draußen lagen, in der Hölle von Verdun, in Flandern, vor Ypern, wird sich zurücksehnen nach dieser Zeit. Keiner von denen — damals noch blutjungen — Offizieren und Unteroffizieren, die heute noch die Uniform ihres Landes tragen, wird freiwillig die Hand dazu bieten, noch einmal all dieses Entsetzliche zu entfesseln. Sie sind Soldaten, gut, sie werden, wenn es befohlen wird, wieder in die Gräben gehen, den Stahlhelm über den kantigen, harten Gesichtern, mit den tiefen, weitoffenen Augen. Aber sich zurücksehnen nach dem Krieg...? Nein! Unter Millionen nicht einer!

Und doch sitzen diese Männer alle, die am eigenen Leibe gespürt haben, was es heißt, „Krieg führen“, in den Laboratorien als Assistenten oder Berater der Erfinder, stehen Posten vor den Werkstätten der Konstrukteure, geben Anregungen, prüfen, begutachten, erproben. „Jeden Tag,“ hat kürzlich ein hoher englischer Generalstäbler gesagt, „wird eine neue Kriegsmaschine erfunden, irgendwo von braven, friedliebenden Kerls das Leben auszulöschen. Jeden Tag! Und das nennt man dann Abrüstung!“

Jeden Tag? Jeden Tag, durch Jahre hindurch schon eine neue schreckenerregende Kriegsmaschine? Ja, was gibt es denn noch außer Riesengeschützen, Unterseebooten, Minen, Tanks, Bomben, Maschinengewehren, Flammen- und Gaswerfern, Handgranaten, Maschinenpistolen und Flugzeugen, was erfunden und

dem Kriege dienstbar gemacht

werden kann. Gibt es denn keine Möglichkeit, einmal einen Blick in die geheimnisvollen Werkstätten der Kriegstechniker zu werfen und zu erfahren, was der Menschheit Neues, Furchtbares droht?

„Was es Neues gibt?“ Eric S. Milton, ein bekannter Erfinder militärischer Geräte und Waffen in den U. S. A. kennt eine ganze Menge Neues, was wert ist, bekannt zu werden, vor dem zu warnen heute, heute noch geschehen muß! Also zum Beispiel Pulver, das wasserfest ist und durch Feuchtigkeit nicht zerstört werden kann! Weiter: Pulver, dessen Explosion unsichtbar ist. Feuernde Batterien können also nicht mehr durch das Mündungsfeuer festgestellt werden und Einschläge sind nicht mehr erkennbar an der Stichflamme. Ferner: Bomben im Gewicht bis zu zwei Tonnen, gefüllt mit einem Explosivstoff, der Ekrasit weit übertrifft, die ganze Stadtteile vernichten können. Granaten, die beim Aufschlagen auf Wasser schon explodieren (als Waffe gegen U-Boote), Gase, die den Menschenkörper mit eiternden, grausam schmerzhaften Blasen bedecken, ihn zum Niesen, zum Lachen oder Weinen zwingen oder ihn auf der Stelle töten, und gegen die alle bisher bekannten Gasmasken überflüssiges Spielzeug sind.

Noch mehr Neues? Geschütze, die

„über die Schulter der Erde schießen“

(Zitat aus einem Versuchsbericht in einer amerikanischen Heereszeitschrift), d. h., die Geschosse von 1 Tonnen Gewicht 40 Kilometer weit über die Krümmung der Erdoberfläche schleudern. Die gegnerischen Schiffe können nicht einmal mehr die Mastspitzen voneinander sehen (die Krähennester der Artilleriebeobachter sind etwa 40 Meter hoch, aber ihre Geschosse erreichen doch den Gegner, gelenkt von Flugzeugen, die — selbst mit dem Glas nur noch als winzige Mücke bemerkbar — das Feuer der eigenen Artillerie auf drahtlos telephonischem Wege leiten (weshalb die amerikanische Flotte selbst mittlere Fahrzeuge mit Katapultstartanlage und Hangars für Wasserflugzeuge ausrüstet).

Uebrigens: Flugzeuge! Selbstverständlich werden die Heeresflieger in absehbarer Zeit schon mit geräuschlosen Motoren arbeiten, so daß die „Schallfinder“, die kürzlich von England angekauft wurden, wieder überflüssig geworden sind. Die Flakbatterien werden ausgerüstet mit Apparaten, die alle vier Geschütze elektrisch einstellen und das Feuer automatisch leiten und korrigieren. Ein einziger Mann gehört zu seiner Bedienung, der nichts zu tun hat, als einen Entfernungsmesser auf das feindliche Flugzeug einzustellen. Solange dieses in der Sehfläche des Scherenfernrohrs ist, kann es das Feuer der Batterie erreichen, die in der Lage ist, Garben von 72 Geschossen pro Minute zu verfeuern. Nachts werden die „Zielsucher“ ersetzt durch Strahlensender, die unsichtbares Li[illegible]t aussenden. Haben die unsichtbaren Lichtwellen den Rumpf des Flugzeuges getroffen, so wird die Maschine

in der Suchscheibe des Beobachters sichtbar,

der jetzt nichts weiter zu tun hat, als den Apparat in seinem Sehfeld zu halten, denn die Steuerung der Geschütze ist elektrisch verbunden mit den Regulierschrauben des Suchers. Und mit neunundneunzigprozentiger Sicherheit ist das Flugzeug binnen Sekunden abgeschossen. — — —

Eine sehr wichtige Rolle werden in zukünftigen Kriegen die Tanks spielen. Ein solcher vervollkommneter Tank wird eine Festung sein, die selbst in schwierigem Gelände 80 Stundenkilometer rollt; er wird die gleiche Arbeit leisten, wie 80 Tanks im Weltkrieg, er kann schwimmen, Gas werfen und ganze Abschnitte vernebeln. Seine sechs schweren Geschütze werden in Federn hängen, damit die Schwankungen des Fahrzeuges die Ziel- und Schußsicherheit nicht stören, ja, es wird sogar Tanks geben, die ohne Bemannung, elektrisch gesteuert, bis tief in die feindlichen Linien kriechen, feuer- und gasspeiende Burgen, gegen die es nur eine Rettung gibt:

die schwere Flugzeugbombe,

die 60 Tonnen Erde aufwühlt. Riesenflugzeuge werden durch Streubomben eine Fläche von vielen Quadratkilometern mit Löchern von drei bis fünf Metern bedecken, um den Tanks das Vorwärtskommen zu erschweren. Und eine einzige 500-Tonnen-Bombe wird bei der Explosion so viel Erde gen Himmel schleudern, als 25 Mann mit modernsten Baggern in Wochen nicht bewegen können.

. . . und das nennt sich dann Abrüstung!

Nein, an dem einzelnen Menschen liegt es nicht. Vielleicht aber liegt der Grund für die ungeheuerliche Aufrüstung, von der die Allerwenigsten etwas ahnen, an den vielen „Geheimfonds“, die fast jede Heeresleitung der Welt zur Verfügung hat. Es gibt da z. B. in den U. S. A. ein Gesetz, das den Präsidenten ermächtigt, im Geheimen so viel Kriegsmaterial für Heer und Flotte zu beschaffen, als ihm „im Interesse der Landessicherheit“ notwendig erscheint. Eine ähnliche Bestimmung gibt es in Frankreich; die Geheimfonds der englischen Heeresleitung sind unerschöpflich; Mussolini macht, bezüglich Heeresorganisation und Bewaffnung, was er will. Und hinterher nennt man das „Abrüstung!“

Die Vision des Grauens, die Herr Eric S. Milton uns gegeben hat, dürfte übrigens nur einen Bruchteil von dem enthalten, was er wirklich weiß, während seine Schweigepflicht ihn das Wichtigste, Allerneuste unterschlagen ließ. Darüber nachzugrübeln, was wohl im Geheimen in den Laboratorien der Kriegstechniker noch alles vorbereitet wird, hat gar keinen Zweck. Wir werden es doch nicht erfahren!

Aber vielleicht ist doch nützlich, einmal darauf hinzuweisen, welch ungeheure Kräfte im nächsten Kriege auf den Menschen losgelassen werden. Und wie das wirklich aussieht, was man bei Konferenzen und Tagungen offiziell „Abrüstung“ nennt. —

An der Pforte des Kongo

Von Thaddäus Dembicki.

Der Schriftsteller Thaddäus Dembicki nahm als zweiter Offizier auf einem belgischen Dampfer, der den Kongo zu befahren hat, Stellung. Aus dem von ihm veröffentlichten Buch: „An den Pforten des Kongos“ geben wir einen Abschnitt wieder.

Mittag. Matte, weißglühende Sonne. Zu dieser Tageszeit erstirbt in der Stadt alle Bewegung. Laden, Behörden und Büros halten zwischen elf Uhr vormittags und drei Uhr nachmittags geschlossen. Palmen werden unbeweglich, Blumen erstarren, die Vögel schweigen und die Menschen flüchten sich in ihre schattigen Häuser. Selbst die Steine scheinen erstorben, tot zu sein. Nur im Hafen wird die Arbeit nicht unterbrochen. Dank der augenblicklichen Abwesenheit der ewig eilenden Passagierschiffe stehen sämtliche Waggons und Lokomotiven zu unserer Verfügung. Es heißt also, die Gelegenheit ausnützen. Man muß sich beeilen.

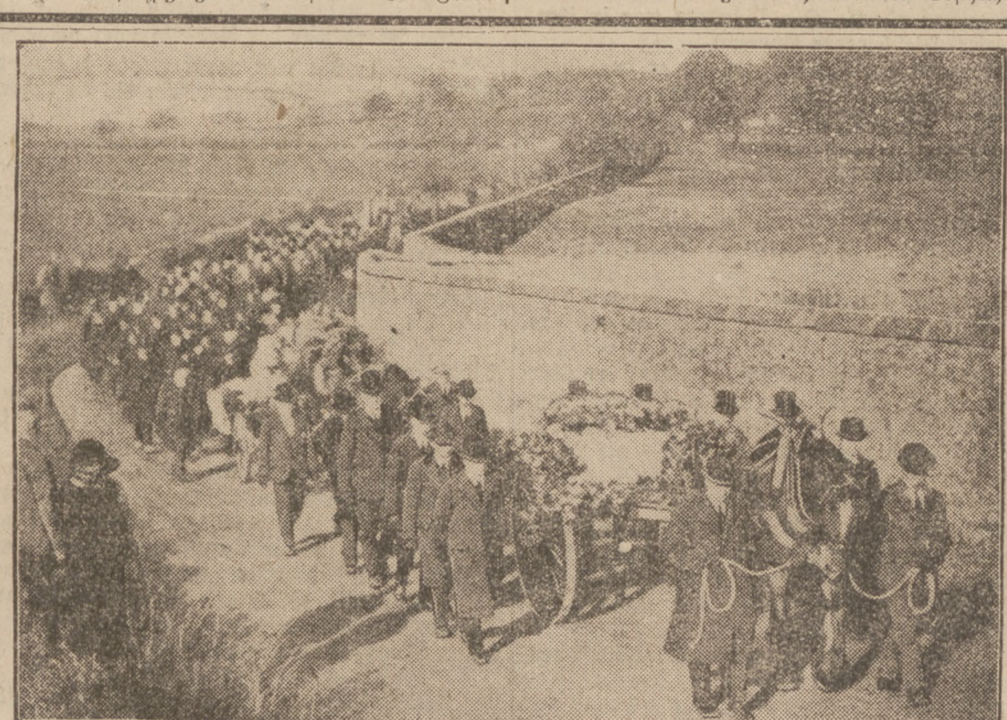
Doch ist diese Eile für die Neger keineswegs günstig. Die Weißen sind nervös und trinken immer mehr eisgekühltes Bier. Und nach dem Biergenuß sind sie noch nervöser. Einer, der das Waggonverschieben beaufsichtigt, kommt vom Ufer zu uns, um sich seine geschwollene Hand mit Jod pinseln zu lassen. Dabei flucht er darüber, daß die Schwarzen solche harte Schädel haben. Er dürfte stark zugeschlagen haben, denn seine Faust hat die Dimensionen einer Kokosnuß angenommen. Einen Augenblick später beschimpft derselbe in den schwarzen Erdteil das Licht der Zivilisation tragende Kolonisator flämisch einen unten auf der Dampfbarkasse arbeitenden Neger. Als dieser, natürlich ohne ein Wort zu verstehen, sich wieder zu seiner Arbeit bückt, ergreift der Weiße eine zur Hand liegende Schaufel und wirft sie senkrecht aus einigen Metern Höhe auf das gebogene Rückgrat des arbeitenden Negers. Hätte das nicht ein andrer Neger bemerkt und seinen Arbeitsgefährten im letzten Augenblick mit einem kräftigen Stoß zur Seite gedränkt, dann wäre der arme Bantu für sein Leben zum Krüppel geworden, oder er wäre durch Zerreißung der Wirbelsäule getötet worden. An seine Stelle wäre ein andrer getreten, und die Geschichte, durch einen unglücklichen Zufall erklärt, wäre sang- und klanglos erledigt gewesen.

Hinter den Waggons tönt das Geschrei irgendeines Knaben: „Imene! Imene!“ (Genug! Genug!) Vier erschreckte Neger halten ihn am Boden, zwei schwitzende Weiße schlagen mit scharfen, schneidenden Ruten auf ihn los. Als endlich unter einem Netz blutiger Striemen das dunkle Messing seines Rückens verschwand, befahlen die „Mondela“, ihn loszulassen, und kündigten ihm zugleich an, daß er nicht mehr zur Arbeit erscheinen dürfe, und daß er sich hüten möge, die ihm gebührenden zweiundvierzig Franken Arbeitslohn für drei Wochen abholen zu wollen! Seine Schuld, wie sich zeigte, bestand darin, daß er, als ein Weißer einige Rutenschläge gegen sein Gesicht führte, das Gesicht mit der flachen Hand zu schützen versuchte und dann die Rute ergriff und sie zerbrach! Er ergriff übrigens gleich darauf die Flucht. Die Operation der Prügelstrafe wurde hinter den Waggons vorgenommen, „damit die andern nichts sehen“. Man muß sich nämlich vor Augen halten, daß in Matadi auf einen Weißen zehn Neger kommen.

Ein andres Schauspiel. Auf der Barkasse werfen die Bantu einander Säcke mit Kokosnüssen zu. Dem weißen Mondela scheint es, daß einer der Neger nicht fleißig genug arbeite. Ein Knockout und der Bantu büßt zwei Zähne ein. Der zweite Knockout und — er liegt auf dem Boden. An der scharfen Kante einer Eisenblechplatte schneidet er sich eine breite Wunde in die Stirn. Es steht nicht dafür, sich zu bücken, um ihn weiterzuschlagen. Es genügt, ihm noch zehn Fußtritte auf den Kopf und ins Gesicht zu versetzen und er wird sich's merken. Der Weiße geht sich die Hände waschen und der Bantu liegt, vor Blutverlust ohnmächtig geworden, auf dem Boden der Barkasse. Die Neger erheben ein Geschrei und stellen die Arbeit ein. Blitzschnell wird die Nachricht auf den Schiffen, am Ufer und in der Stadt verbreitet. Der Polizeikommissär erscheint, denn das Schlagen der Neger ist „verboten“. Aber die Weißen nehmen beizeiten einen Neger beiseite und reden heftig gestikulierend auf ihn ein. Der arme Bursche erzählt dann dem Kommissär, daß er Augenzeuge gewesen sei: „Bantu stürzte in die Barkasse, zerschnitt sich den Schädel und schlug fest an“.

Um ein Exempel zu statuieren, muß jetzt derjenige, der die Polizei verständigt hat, Prügel bekommen. Die andern müssen sofort an die Arbeit. Der Ohnmächtige wird auf einer Tragbahre ins Spital transportiert. Die Weißen rühmen sich, daß sie Spitäler für die Schwarzen bauen. Aber vor Ankunft der Weißen haben die Neger keine Spitäler gebraucht.

Ins Deutsche übertragen von Josef Kalmer und Hermann Peczenik.



So wurde einer der größten Staatsmänner Englands zu Grabe geleitet

Die in bescheidenster Form vollzogene Beisetzung von Lord Balfour, dem früheren englischen Ministerpräsidenten und langjährigen hervorragenden Führer der englischen Konservativen.

Eine Einweihungsrede

Serenissimus langweilt sich, Klutersdorf, sein Adjutant, leistet ihm dabei Gesellschaft.

„Aeh, Klutersdorf, was erzählen!“

„Zu Befehl, Hoheit! Denkmalseinweihung in X war höchst komisch. Hatte ehrenvolle Aufgabe, Prinzen Joachim Rede zu souffllieren. Steh also neben dem Prinzen und sage leise vor: Verehrte Anwesende . . . Der Prinz laut: Verehrte Anwesende . . . gestatten Sie . . . gestatten Sie . . ., daß ich Ihnen . . ., daß ich Ihnen . . ., meine herzlichsten Glückwünsche darbringe . . ., meine herzlichsten Glückwünsche darbringe . . . Wie schon sooft . . . wie schon sooft . . . bei Festlichkeiten . . . bei Festlichkeiten . . . Bällen . . .

Der Prinz beugte sich zu mir: „Wie bitte?“

„Bällen, Königliche Hoheit, Bällen!“

Der Prinz laut: „Wau, wau!“

Serenissimus stimmt herzhaft in Klutersdorfs Lachen ein. Dann, nach einer Weile: „Sagen Sie 'mal, Klutersdorf, warum sollte denn der Prinz bellen?“

Was ist Sozialismus?

Von Ferdinand Kürnberger.

Es ist unzählige Male gesagt und nachgesagt worden, daß der Mensch, wenn er aus dem ursprünglichen Zustand seiner Vereinzelung und Wildheit in den Zustand der Geselligkeit und Kultur eintritt, einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten notwendig aufgeben muß, damit eben diese Geselligkeit und Kultur möglich werde. Mit dieser Ansicht haben sich, unter dem Schatten einer dichten Schlafmütze, zahllose Generationen über die härtesten Leiden ihrer Bedrückung, über die grausamste Genußlosigkeit ihres Daseins, über ein mehr als tierisches Joch stumpfsinnig getröstet, indem sie dachten: es muß so sein, — und der Sklavenaufseher auf der Kanzel schrie: es ist Gottes Fügung. Du siehst aber, worin der ungeheure Irrtum liegt. Der Mensch muß einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten dem Ganzen zum Opfer bringen. Einen Teil! Dieses Wort enthält den Punkt, um den sich alles dreht. Wie groß muß dieser Teil sein oder wie klein? Wer bestimmt ihn, und wer bestimmt ihn gerecht? Wird er von allen gleich gebracht, oder vielmehr so ungleich, daß der eine den ungeheuersten, der andere den winzigsten Nenner zu dem Bruche gibt, welcher den Abbruch seiner persönlichen Rechte und Freiheiten ausspricht? Das sind die Fragen, die mehr als je das neunzehnte Jahrhundert sich zum Bewußtsein gebracht und deren Lösung es sich zur Aufgabe gestellt hat. Und wer immer zu diesem Bewußtsein gelangt ist, wer immer der Lösung dieser Aufgabe sich gewachsen fühlt, der ist Sozialist.

Der Sozialismus ist nichts anderes als die Forderung: die ganze Grundlage der heutigen Gesellschaft möge revidiert (geprüft) und Einheit, Gerechtigkeit, Ordnung, Maß und Ziel hineingebracht werden. Das ist der gefürchtete schauerliche Sozialismus und nicht mehr und nicht weniger.

Der Soizalismus ist eine Rechenaufgabe; ja, nichts anderes: eine Rechenaufgabe auf Erden, ähnlich der Rechenaufgabe, die es einst am Himmel gegeben hat. Du weißt, zurzeit des Julius Cäsar war das bürgerliche Jahr in größter Konfusion. Aus so und so viel vernachlässigten Minuten war im ungeheuren Laufe der Zeiten hinter dem wahren himmlischen Sonnenjahr das bürgerliche Erdenjahr um volle zwei Monate zurückgeblieben (großartige Reaktion!), welche Julius Cäsar mit einem Male einschalten mußte. Aber auch seine Rechnung war nicht ganz genau und stand zurzeit Gregors des Siebenten mit der astronomischen Wahrheit in einer Differenz, ich weiß nicht von welchem Zeitmaße. Gregor verbesserte den Julianischen Kalender und die Griechen, welche diese Verbesserung nicht annahmen, sind nun schon wieder, wenn ich nicht irre, um elf Tage hinter dem richtigen Jahre zurück.

Wie mit dem bürgerlichen Jahr, so ist es nun mit der bürgerlichen Gesellschaft. Aus den minutenkleinen Rechten und Freiheiten, um welche die einen immer zu viel und die anderen immer zu wenig opferten, ist unvermerkt im Laufe der Zeiten eine so ungeheure Verschiebung des gerechten und richtigen Quotenverhältnisses entstanden, daß wir jetzt in einem Staate des kompletten Wahnsinns leben. Denn was ist der Wahnsinn anderes als der aufs höchste getriebene Widerspruch mit der Vernunft und der Natur? Und dieser höchste Widerspruch ist da. Der Mensch soll für den Genuß seiner Kultur einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten als Abgabe zollen...

Der Satz, den die Vernunft heischt, lautet: Der einzelne soll einen bestimmten Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten der gesellschaftlichen Kultur zum Opfer bringen, — aber der Satz, den die Wirklichkeit darstellt, heißt: Die eine Hälfte der Gesellschaft bringt all ihre menschlichen Rechte und Freiheiten zum Opfer und genießt dafür keine Kultur; die andere Hälfte der Gesellschaft bringt gar nichts zum Opfer und genießt dafür alle Kultur. Den letzten Satz zu stürzen und den ersten zur Wahrheit zu machen — das ist der Sozialismus. Ich habe den Sozialismus ein Rechenexempel genannt, und mit Recht. Wie Julius Cäsar in der Astronomie, so hat der Sozialismus in der Staatswissenschaft den Fehler zu berechnen, der sich durch den fortlaufenden Irrtum früherer Zeiten eingeschlichen, und ihn zu beseitigen. Er hat zu untersuchen, wie groß und wie klein die Brüche sind, in welchen jetzt die verschiedenen Gesellschaftsklassen Teile des menschlichen Naturrechts der Kultur zum Opfer bringen; er hat für die maßlose Verschiedenheit dieser Brüche einen einzigen Nenner und dazu den möglichst kleinsten Zähler zu ermitteln, aber dafür diesen Bruch auch allen Gesellschaftsmitgliedern als gleiche Steuer aufzulegen. Diese Gleichheit besonders bildet den Hauptbegriff des Sozialismus.

Die Freiheit bezieht sich mehr auf die politische, aber die Gleichheit so recht auf die soziale Ordnung der Gesellschaft. Die Freiheit, welche jetzt der großen Masse ein so göttergleicher Besitz dünkt, ist keineswegs ein neuer Fortschritt der Menschheit. Schon die ältesten Staatsgesellschaften (z. B. die Republiken der Griechen und Römer) kannten die höchste Blüte politischer Freiheit; aber die höchste Blüte der Humanität, soziale Gleichheit, kannten sie nicht: sie hatten Herren und Sklaven. Eine Gesellschaftsform zu gründen, deren Gesetze allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten zuerkennen und deren organische Einrichtungen wenigstens eine wesentliche Ungleichheit des äußeren Besitzstandes unmöglich machen — das ist der Beruf des Sozialismus. Das ist der ideelle Begriff des Sozialen.

Die praktische Ausführung desselben wird ein Resultat vieler Versuche, wird ein Werk vieler Generationen sein. Hirnlose Dummköpfe oder bewußte Teufel sind daher jene, welche, geschworene Feinde der sozialistischen Idee, desungeachtet vorgeben, dieselbe augenblicklich annehmen zu wollen, wenn man ihnen nur deren praktische Ausführbarkeit und Ermöglichung nachzuweisen imstande wäre. Da sie in Wahrheit Hyänen des Egoismus sind, stellen sie sich doch wie schlichte, einfältige Männer der Tat und verlangen mit scheinbarer Gerechtigkeit ein fertiges Bild dessen, wozu sie mitwirken, mithandeln sollen. Die Toren! Als ob die Zivilisation die Erfindung eines einzelnen sein könnte, wie Zündhölzchen!...

Aber nicht bloß Dummköpfe und Teufel, wie ich sie eben nannte, sondern Sozialisten selbst hegen den Irrwahn als aufrichtigen Glauben, daß ein einzelner kommen und helfen müsse. Mit vernichtendem Gefühl peinigt sie die vermeinte Ratlosigkeit der Zeit und verzweifelt hört man sie ausrufen: Ja, wer das Sphinxrätsel des Sozialismus löste, der wäre der Held des Jahrhunderts. — Solche Leute erinnern mich an eine Vorstellung meiner Kindheit. Ich dachte mir nämlich beim Anblick des Kahlengebirges jeden Berg der Welt als eine steile Mauer; ich glaubte, man müsse mit einer Fülle romantischer Gefahren auf allen Vieren hinaufklettern. Unaufhörlich brannte mir die Seele nach diesem Abenteuer; wie groß war mein Glück, als ich endlich mit Dir und Anton dahin kam, durch Ottakring auf den Galitzinberg zu gehen. Aber wo blieb die Wand, die Gefahr, das Halsbrechen? Lange wartete ich mit feierlicher Fassung darauf; endlich riß mir die Geduld, und ich fragte Euch, wann wir denn zum Galitzinberg kämen? Wer beschreibt meinen Schmerz, als ich hörte, wir sind eben auf der Höhe!

Das, was sich in der Ferne wie eine herausfordernde, trotzige Mauer ausnimmt, ist also in der Nähe nichts als ein Geschiebsel von vielen Hügeln, Abhängen und Vorsprüngen, die unvermerkt nacheinander erstiegen werden! Die riesenhafte Einheit löst sich in eine zwergige Vielheit auf! Diese Kinderanekdote, so einfältig sie ist, kann jenen zum Gleichnis dienen, welche einen Messias des Sozialismus erwarten. —



Zum Gedenken an den 70. Geburtstag von Friedrich Naumann

dem im Jahre 1919 verstorbenen Führer der deutschen Demokraten, wurde am 25. März im Sitzungszimmer der demokratischen Reichstagsfraktion eine Feier veranstaltet. Seine besondere Weihe erhielt der Festakt durch die Enthüllung eines Bildes, das seinen dauernden Platz in diesem Zimmer finden wird. — 1. Reichstagspräsident Löbe. — 2. Abgeordneter Koch-Weser. — 3. die Schwester Friedrich Naumanns. — 4. Staatssekretär a. D. Meyer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. 5. der Bruder Friedrich Naumanns. — 6. Abgeordneter Erkelenz. — 7. Mathilde Battenberg, die Malerin des Bildes.

Gericht in Kairo

Von Norbert Bauer.

Das Zimmer ist zu ebener Erde, schmal und düster; wenn man von draußen kommt, verschwimmen die Anwesenden zu einer kompakten Masse, und nur der braune, roh gezimmerte Gerichtstisch, der nahe dem offenen Fenster steht, ist in Helligkeit getaucht. Der dicke Richter im abgetragenen Sakko, das eine schmale grüne Schärpe feierlich machen soll, bekommt dadurch etwas Ueberirdisches; er allein ist im Licht und symbolisiert so gleichsam die Gerechtigkeit, der er zum Licht verhelfen soll.

In den beiden vordersten Bänken sitzen die Anwälte, die manchmal während der Verhandlung eines einzelnen Falles wechseln, wenn der eine oder der andre eine bessere Argumentation für den Angeklagten gefunden zu haben glaubt, und die Rechtsschüler, die hier die nötigen Kenntnisse für die spätere Praxis erwerben. Dann kommen einige Bänke mit Zuhörern und zum Schluß eine lange Bank voll von Untersuchungsgefangenen, die auf ihre Aburteilung warten. Sie sind an die begleitenden Polizisten gefesselt, barfuß, und tragen schon Sträflingskleidung, denn da nach festgestellter Tat niemand an ihrer Schuld zweifelt und ein Freispruch nicht möglich ist, werden sie schon vor der Verhandlung als Verurteilte behandelt. Die meisten von ihnen interessieren sich gar nicht für die fremden Verhandlungen, und erst wenn ihr Fall zur Sprache kommt, erwachen sie aus ihrer Apathie; viel stehen auch dann stumm vor dem Richter, lassen sich jedes Wort mühsam entreißen und selbst die Fällung des Urteils verändert ihre Züge nicht.

Der Gang zwischen den beiden Bankreihen ist so schmal und der freie Platz vor dem Tisch so klein, daß Angeklagte, Zeugen und Geschädigte dichtgedrängt nebeneinanderstehen müssen; die Zuhörer debattieren fortwährend, die Verteidiger tauschen laut ihre Ansichten aus, die Rechtsschüler fragen, schlagen in ihren Notizen nach und schreiben. Der Schriftführer, ein sehr alter, weißbärtiger und kurzsichtiger Mann, zeichnet nicht den ganzen Gang der Verhandlung auf, sondern nur die Fakten, die der Vorsitzende diktiert; oftmals flackert ein Streit auf, weil Angeklagter oder Verteidiger behaupten, der Vorsitzende hätte den Wortlaut oder den Sinn einer Aussage verdreht angegeben. Meistens protestiert dieser entrüstet, läßt vom Schreiber den Satz verlesen und stellt seine Richtigkeit fest.

Draußen warten Zeugen und Kläger in erregten Gruppen, und ihr lautes Gemurmel übertönt manchmal den Lärm im Gerichtszimmer, wird überlaut hörbar, wenn drinnen einmal Stille herrscht. Der Vorsitzende befiehlt ununterbrochen Ruhe und der Gerichtsdiener, der, im Türrahmen stehend, die Zeugen aufruft, gibt seinen Befehl brüllend an die Menge weiter. Es ist drückend schwül und ein unerträglicher Ausdünstungsgestank erfüllt die Luft; mit einer stereotypen Handbewegung verjagt der Richter die Fliegen, die sich unerbittlich immer wieder auf seinem Gesicht niederlassen.

Das Gesicht des Angeklagten ist fast weiß, trotz seiner dunklen Hautfarbe, und sein Hals, die Hände und die breiten abgetretenen Füße haben eine violette Färbung; seine Augen sind stark gerötet und es hat den Anschein, als würde er sich nur mit großer Anstrengung aufrecht erhalten können. Er ist angeklagt, wiederholt Haschisch geraucht zu haben und das Interesse für seinen Fall ist groß. Der Zeuge, der ihn zur Anzeige brachte, erscheint; ein Offizier der königlichen Garde, übergroß, schlank, elegant, mit blinkenden Zähnen in seinem scharf geschnittenen Beduinengesicht. Er hatte den Angeklagten mehrmals berauscht gefunden und schließlich seine Verhaftung veranlaßt; jetzt bittet er um strenge Bestrafung.

„Du hast Haschisch geraucht“, sagte der Richter und läßt ein Protokoll des Gefängnisarztes verlesen, wonach der Häftling Nr. 7450 in beinahe hoffnungslosem Zustand eingeliefert worden sei.

„Ja“, sagt der Angeklagte mit einer weichen, fast kindlichen Stimme, „ich habe zwei Frauen und viele Kinder und mein Verdienst war gering“.

„Sieben Piaster im Tag!“ wirft der Verteidiger ein, der von vornherein das Laster des Angellagten auf seine Notlage zurückführen will; „er hatte kein Brot und da wurde er schwach“.

„So, und das Haschisch? Wieviel hast du für Haschisch ausgegeben?“ fragt der Richter.

„Ich weiß es nicht, nichts“, antwortete zögernd der Angeklagte, „ich habe... ich...“

„Nie wollt ihr Geld dafür gegeben haben, nie!“ schreit der Richter. „Und drei von deinen Kindern sind auf der Polizei, weil sie gestohlen haben“.

„Er hatte kein Brot“, sagt wieder der Verteidiger.

„Kein Brot! Hätte er nicht geraucht, wäre für Brot genug Geld geblieben“, und dann, nach einer kleinen Pause, während es atemlos still wird und der Richter mit den Beisitzern flüstert, zum Schriftführer: „Schreibe, zwei Jahre Zwangsarbeit“.

Der Offizier entfernt sich mit einer Verbeugung. Der Verurteilte läßt den Kopf auf die Brust sinken, der Verteidiger dringt erregt auf den Richtertisch ein, viele von den Zuhörern springen auf und auch die Häftlinge im Hintergrund beginnen erregt zu sprechen. „Zuviel! Zuviel“ rufen Verteidiger und Zuhörer, aber der Verurteilte wird schon abgeführt. Ein paar-



Der Fingerabdruck auf dem Standesamt

Auf dem Standesamt eines usbekischen Dorfes in Turkestan in Zentral-Asien müssen die des Schreibens unkundigen Neuvermählten ihren Fingerabdruck auf die Heiratsurkunde setzen. Interessant ist auch, daß der Standesbeamte eine Frau ist.

mal noch flackert das Wort „esch“ auf, „esch, esch!“ Brot, Brot, dann steht der Nächste vor dem Richter.

Draußen steht ein Gefangenenauto: es ist ein offener, überdachter Kasten und die Sträflinge sitzen, zwischen den Polizisten eingeklemmt, da. Es ist heiß in der Mittagssonne und die Insassen haben Durst; in einem großen, porösen Tongefäß wird Wasser gebracht. Erst trinkt der Polizist, der am Ende der einen Längsbank nahe dem Trittbrett, sitzt; dann trinken zwei Sträflinge, der nächste Polizist, wieder zwei Sträflinge, bis die Runde vollendet ist. Sie wischen sich die Münder und alle heben gleichzeitig die gefesselten Hände, während das Auto abfährt.

Das Wahlparlament in Afghanistan

London. Einer Meldung aus Peschawar zufolge beabsichtigt König Nadir von Afghanistan die Einführung eines Wahlparlaments bezw. eines Rates. Der Plan ist ein Teil der allgemeinen Vorschläge zur stufenweisen Demokratisierung Afghanistans. Der Rat soll 25 Mitglieder umfassen, die die einzelnen Stämme vertreten. Jeder 21 Jahre alte Afghane soll das Wahlrecht erhalten.

5 Personen von einem Löwen verletzt

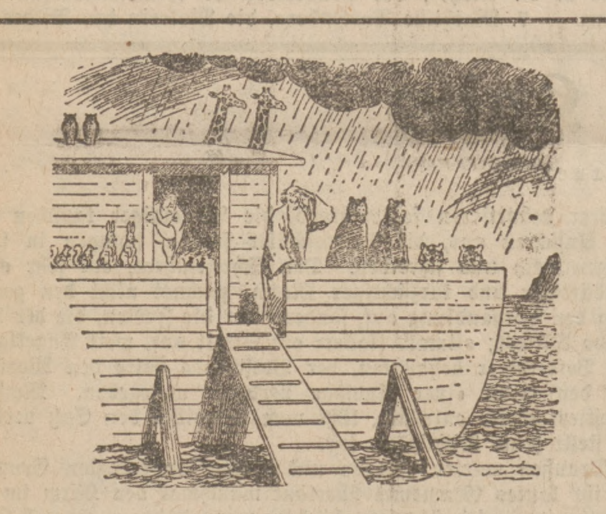
Berlin. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus Kitzingen (Unterfranken) ereignete sich im Zirkus Fischer ein schweres Unglück. In der Menagerie brach beim Umsetzen der Tiere ein Löwe aus. Bei dem Versuch ihn wieder einzufangen, wurden 5 Personen von dem Löwen schwer verletzt. Sie wurden sämtlich dem Krankenhaus zugeführt. Zwei Dompteure haben so schwere Bißwunden erhalten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Türkische Schuldenverhandlungen abgebrochen

Konstantinopel. Da die türkische Regierung von den Vertretern der Gläubigerstaaten, die an der ottemanischen Schuld interessiert sind, mit Nachdruck sowohl Zahlungsaufschub als auch Kürzung der Ratenzahlungen gefordert und wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, von dieser Forderung nicht abgehen zu wollen, haben die Gläubigervertreter, die auf der Einhaltung der Pariser Abmachungen bestanden, die Verhandlungen kurzerhand abgebrochen. Sie sind bereits von Angora abgereist.

Wieder eine Zuchthäuslerrevolte in Amerika

Neuyork. Wieder ist in den Vereinigten Staaten eine Zuchthausrevolte ausgebrochen. 800 Zuchthäusler meuterten am Donnerstag in der staatlichen Strafanstalt Jefferson-Stadt im Staate Missouri. Die Zuchthäusler haben 12 Wärter im Eßraum eingeschlossen. Es mußte Militär herbeigeholt werden. Man nimmt an, daß die Meuterer nicht anders als mit Waffengewalt und Tränengasbomben werden bekämpft werden können.



„Auf wen wartest du noch, Noah?“
„Auf ein Paar Schnapsschmuggler.“

20. polnische Staats-Klassen-Lotterie

5. Klasse — 19. Ziehung.

20000 Zł gewann Nr. 6508.
3000 Zł gewannen Nr. 67726 89396 199982.
2000 Zł gewannen Nr. 133392 166767 179072 199602.
1000 Zł gewannen Nr. 3562 39307 49433 51627 99838 135016 145009 168719 174781 184414 202414.
600 Zł gewannen Nr. 6320 14585 29471 30304 63579 79729 84580 91992 108659 109164 130369 144101 147723 191667 204722.

Nach der Unterbrechung.

5000 Zł gewann Nr. 7198.
3000 Zł gewannen Nr. 44509 44732 49551.
2000 Zł gewannen Nr. 53363 171741.
1000 Zł gewannen Nr. 5481 31173 58945 71752 77450 88600 97114 103262 123801 137834 144432 170406 171918 186967 194124 202902 208443.
600 Zł gewannen Nr. 2884 18386 57064 76901 135733 155582 159308 168201 183988 203039.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,05 und 16,20: Schallplattenkonzert. 17,45: Stunde für die Kinder. 19,05: Vorträge. 20,30: Unterhaltungskonzert aus Warschau. 22,15: Berichte. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12.05 Mittagskonzert. 13.10: Wetterbericht. 14.40: Handelsbericht. 15.00: Vorträge. 16.15: Schallplattenkonzert. 17.45: Kinderstunde. 19.10: Vorträge. 20.30: Unterhaltungskonzert. 22.15: Berichte. 23.00: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19,20: Wetterbericht. 22,00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Sonnabend. 15.50: Stunde mit Büchern. 16.20: Zehn Minuten Esperanto. 16.30: Wein, Weib und Gesang. 17.30: Die Filme der Woche. 17.55: Rechtskunde. 18.15: Schlesien hat das Wort. 18.40: Von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule: Sprachkurse. 19.05: Wettervorhersage für den nächsten Tag. Anschließend: Abendmusik. 20.00: Aus Leipzig: Humor. 20.30: Aus Leipzig: Oskar Straus-Abend. 22.00: Abendberichte. 22.30 bis 24.00: Tanzmusik des Funk-Jazzorchesters.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Mittwoch, den 2. April, abends 6½ Uhr, findet im Betriebsratsbüro ein Lichtbildervortrag von Dr. Bloch statt. Thema: „Das proletarische Kind“.

Friedenshütte. Sonnabend, den 29. März, nachmittags 5 Uhr, bei Machuletz Lichtbildervortrag. Referent: Herr Lehrer Boidol.

Siemianowitz. Am Freitag, den 28. März, abends um 7½ Uhr, Vortrag des Genossen Dr. Bloch bei Kozdon. Thema: „Vom Urtier zum Menschen“.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Versammlungskalender

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz für die Zeit vom 24. bis 30. März 1930.

Freitag: Notenlehre des Gesangvereins im Saale des Zentralhotels.
Sonntag: Heimabend.

Programm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 28. März: Gesang, Volkstanz.
Sonnabend, den 29. März: Falkenabend.
Sonntag, den 30. März: Heimabend.

Die Afa-Jugendgruppe Kattowitz des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afa-Bundes)

veranstaltet in der Zeit vom 24. bis 30. März 1930 eine Werbewoche, die sich wie folgt gliedert:

1. Vom 24. bis 30. März in den Geschäftsräumen des Afa-Bundes, ul. Mickiewicza 8, 2. Etage, in der Zeit von 6—9 Uhr abends eine Ausstellung.

3. Freitag, den 28. März, im Saale des „Christlichen Hospiz“, ul. Jagiellonska, um 8 Uhr abends, einen bunten Abend, der durch Theater, Volkstänze, Lieder usw. ausgefüllt wird.

Bei sämtlichen Veranstaltungen wird kein Entgelt erhoben.

4. gemeinsame Fahrt, die am Freitag abend besprochen wird.

Kattowitz. (Holzarbeiter.) Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, im Zentralhotel Mitgliederversammlung.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (D. M. V.) Am Sonntag, den 30. d. Mts., findet die fällige Monatsversammlung des D. M. V. statt, im Lokal Freitel. Beginn der Versammlung 9½ Uhr vormittags.

Eichenau. (Achtung, Vorstandsmitglieder der D. S. A. P.) Am Sonntag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale Achtelik eine Besprechung zwecks Einteilung der Agitationsarbeit zu den Kommunalwahlen statt. Pflicht aller Vorstandsmitglieder ist es, zu dieser Besprechung zu erscheinen.

Königshütte. (Wahlkomitee und Vertrauensmänner der Freien Gewerkschaften.) Am Sonntag, den 30. März, vormittags 9½ Uhr, findet im Volkshause (Büfettzimmer) eine gemeinsame Sitzung des Wahlkomitees und sämtlicher den Freien Gewerkschaften angehörigen Vertrauensmänner statt. Tagesordnung: **Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen.** Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller in Frage kommenden Personen wird gebeten.

Königshütte. (Vertrauensmänner des D. M. V.) Am Sonntag, den 30. März, vormittags 9½ Uhr, findet im Volkshause eine Vertrauensmännersitzung des D. M. V. statt. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Am Sonnabend, den 29. März, Vorstandssitzung im Vereinszimmer, abends 7 Uhr.

Königshütte. (Touristenverein.) Sonntag, den 30. März, unternimmt die Ortsgruppe eine Tour über Kalety nach Olstyn. Die Teilnehmer sammeln sich um 5½ Uhr am Bahnhof Königshütte, die Fahrspesen betragen 5 Zloty. Photoapparat mitnehmen.

Siemianowitz. Die Wahlkommission der Partei, sowie der einzelnen Wahlbezirke werden zu einer Sitzung am Sonnabend, abends 6 Uhr, in das Verbandsbüro des D. M. V., bei Kozdon, eingeladen. Diejenigen Parteigenossen, Gewerkschaftler, sowie die Jugend, die sich der Partei als Wahlhelfer zur Verfügung stellen wollen, müssen am Wahlsonntag, vormittags 7 Uhr, im Wahlbüro (D. M. V.) erscheinen.

Myslowitz. (Gesangverein „Freiheit“.) Am Sonntag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, findet im Saale „Wycisk“, (Piossek) unsere Gesangstunde statt. Nach der Gesangstunde findet ein Lichtbildervortrag „Zeppelins Weltreise“ statt. Referent: Gen. Dikta. Für den Vortrag sind Eintrittskarten bei den Mitgliedern zu haben.

Nikolai. (D. M. V.) Am Sonnabend, den 29. März, abends 6 Uhr, findet im Lokal Kurpas die fällige Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Die Mitglieder werden ersucht, restlos zu erscheinen. Referent: Kollege Buchwald.

Mittel-Lazisk. Die Mitgliederversammlung der D. S. A. P. findet am 30. März, nachmittags 3 Uhr, bei Osadly statt. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen und Gewerkschaftler erwünscht. Referent: Genosse Matzke.

Werbet ständig neue Leser für den Volkswille!